ÖSTERREICHISCHES BUNDESINSTITUT FÜR GESUNDHEITSWESEN

ÖBIG

Statistische Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes

Teil 5: 2001 – 2002

IM AUFTRAG DES
BUNDESMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND FRAUEN

Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen

ÖBIG

Statistische Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes

Teil 5: 2001 - 2002

Daniela Danzer

Henning Erfkamp

Wien, Jänner 2005

Im Auftrag des
Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen

Zl: 4496/05

Der Umwelt zuliebe: Dieser Bericht ist auf chlorfrei gebleichtem Papier ohne optische Aufhellerhergestellt

Kurzfassung

Das Unterbringungsgesetz (UbG) ist seit dem Jahr 1991 in Kraft (BGBl 1990/155). Es regelt die rechtliche Kontrolle von Zwangsmaßnahmen und Beschränkungen bei psychisch Kranken in psychiatrischen Krankenhausabteilungen. Mit dem vorliegenden Bericht soll an vorangegange Untersuchungen angeschlossen werden, in denen die Entwicklung ausgewählter Aspekte der Vollziehung des UbG beobachtet und analysiert wurde (vgl. Forster 1993 und 1996, Forster/Kinzl 2001a, 2001b, 2002).

Das ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) wurde im Jahr 2004 vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) beauftragt, in Fortführung der vorangegangenen Untersuchungen eine routinemäßige Dokumentation der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes zu installieren und diese in zweijährigen Abständen zu aktualisieren. Der vorliegende Teil 5 der statistischen Analyse bezieht sich auf die Jahre 2001 und 2002 sowie auf die Entwicklung ausgewählter Aspekte der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes im Zeitverlauf. Im Zentrum steht die Frage, welche Trends sich in der Vollziehung erkennen lassen, welche Routinen sich in der Vollziehungspraxis herausgebildet haben bzw. wo sich Veränderungen dieser Praxis im Zeitverlauf abzeichnen.

Ergebnisse

Die seit 1993 zu beobachtende kontinuierliche Zunahme der Anzahl der gemeldeten Unterbringungen setzt sich auch in den Jahren 2001 und 2002 fort. Die jährlichen Steigerungsraten sind im Vergleich zu den Vorjahren unauffällig und in etwa gleich hoch wie die Steigerung der Gesamtzahl der psychiatrischen Krankenhausaufnahmen.

Auch der relative Anteil der Aufnahmen ohne Verlangen an den Gesamtaufnahmen in psychiatrischen Krankenanstalten bleibt im aktuellen Beobachtungszeitraum mit 17 Prozent konstant. Eine nach wie vor untergeordnete Rolle spielt die Rechtsform "Unterbringung auf Verlangen". Nur ein bis zwei Prozent aller psychiatrischen Aufnahmen werden in dieser Form vorgenommen.

Hinsichtlich der Zuweisungs- bzw. Aufnahmeart ("Standardprozedur" gem. § 8 UbG und „Notfallprozedur" gem. § 9 Abs. 2 UbG) zeichnen sich ebenfalls keine wesentlichen Veränderungen ab. Der Anteil der gemäß UbG vorgesehenen Standardprozedur (Zuweisung aufgrund einer Bescheinigung durch dazu befugte Ärztinnen und Ärzte) beträgt etwa ein Drittel aller Aufnahmen ohne Verlangen, der Anteil an Notfallprozeduren (Vorführung durch die Sicherheitsbehörden) rund fünf Prozent. Der restliche Teil der unfreiwillig aufgenommenen Patientinnen und Patienten gelangt abseits der vom UbG vorgegebenen Wege zur Unterbringung.

Zwischen den zuweisenden und aufnehmenden Instanzen zeigt sich ein relativ hoher Grad an Übereinstimmung bei der Beurteilung des Vorliegens der Unterbringungsvoraussetzungen, wenn es sich um Zuweisungen durch ärztliche Bescheinigungen handelt.

Der Anteil jener Unterbringungsfälle, in denen es zu einer gerichtlichen Kontrolle kommt, ist wie in den vorangegangenen Jahren weiter gesunken. Es gelangten im Berichtszeitraum nur rund 60 Prozent der gemeldeten Unterbringungsfälle zu einer gerichtlichen Erstanhörung, in 40 Prozent der Fälle wurde die Freiheitsbeschränkung somit vor der Erstanhörung aufgehoben. Diese Entwicklung gilt ebenso für den Anteil der mündlichen Verhandlungen an den gemeldeten Unterbringungsfällen (rund 20 Prozent der Fälle). Dies bedeutet, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl an Freiheitsbeschränkungen in der Psychiatrie keiner gerichtlichen Kontrolle unterzogen wird.

Sowohl die Unterbringungshäufigkeit als auch weitere Merkmale der Vollziehungspraxis des UbG unterscheiden sich regional (Bundesland, Gerichtsstandort), nach Krankenanstaltentyp (zentrales psychiatrisches Krankenhaus, psychiatrische Universitätsklinik, psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalten) sowie häufig auch zwischen den Krankenanstalten.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

1.1 Ausgangslage 1

1.2 Projektauftrag und Projektziele 1

1.3 Datengrundlagen und methodische Vorgangsweise 3

2 Organisatorischer Rahmen der Vollziehung des UbG 5

3 Ergebnisse zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes 8

3.1 Unterbringungshäufigkeit 8

3.2 Variation der Unterbringungshäufigkeit nach Krankenanstaltentyp und Bundesland 11

3.3 Zuweisungs- und Aufnahmearten 13

3.4 Gerichtliche Kontrolle 15

4 Zusammenfassung und Diskussion 19

5 Literatur 21

6 Anhang 24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1: Gesamtzahl der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach UbG 1996 - 2002 8

Abbildung 3.2: Aufnahmen ohne Verlangen und gemeldete Unterbringungen 1996 - 2002 9

Abbildung 3.3: Anteil der Aufnahmearten an den Gesamtaufnahmen, 1996 - 2002 10

Abbildung 3.4: Bevölkerungsbezogene Raten der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen pro 100.000 Einwohner nach Bundesland 11

Abbildung 3.5: Art der Zuweisung bei Aufnahmen ohne Verlangen 1996 - 2002 14

Abbildung 3.6: Entwicklung der gemeldeten Unterbringungen nach Krankenanstaltentyp 1996-2002 17

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Standorte psychiatrischer Abteilungen bzw. Krankenanstalten - Iststand 2004 5

Abkürzungsverzeichnis

BMGF	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
FA/FÄ	Facharzt/Fachärzte
KH	Krankenhaus
LKH	Landeskrankenhaus
MEL	Medizinische Einzelleistung
ÖBIG	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen
ÖKAP/GGP	Österreichischer Krankenanstalten- und Großgeräteplan
SKA	Sonderkrankenanstalt
UbG	Unterbringungsgesetz

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Das Unterbringungsgesetz (UbG)[1] ist seit dem Jahr 1991 in Kraft (BGBl 1990/155). Es regelt die rechtliche Kontrolle von Zwangsmaßnahmen und Beschränkungen bei psychisch Kranken in psychiatrischen Krankenhausabteilungen. Die Entwicklung ausgewählter Aspekte der Vollziehung des UbG wurde bisher in verschiedenen Untersuchungen beobachtet und analysiert (vgl. Forster 1993 und 1996, Forster/Kinzl 2001a, 2001b, 2002). Im Zentrum dieser Analysen stand die Frage, welche Trends sich in der Vollziehung erkennen lassen, welche Routinen sich in der Vollziehungspraxis herausgebildet haben bzw. wo sich Veränderungen dieser Praxis im Zeitverlauf abzeichnen.

Eine kontinuierliche Beobachtung der Vollziehungspraxis des UbG ist notwendig, da sich zunehmend Veränderungen in der psychiatrischen Versorgungslandschaft abzeichnen, die auch zu Veränderungen in der Vollziehung des UbG führen könnten. So wird beispielsweise die schon seit Jahren im Rahmen des Österreichischen Krankenanstaltenplans (ÖKAP/GGP) vorgesehene Dezentralisierung der akutstationären psychiatrischen Abteilungen (Vorhaltung psychiatrischer Abteilungen in regionalen Allgemeinkrankenhäusern) zunehmend umgesetzt. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, ob sich bei größerer Wohnortnähe und Integration der psychiatrischen in die allgemeinmedizinische Versorgung die Anzahl der Unterbringungen bzw. die Anzahl und Schwere der Maßnahmen, die im Falle einer Unterbringung notwendig sind, verändern. Es gibt bereits Hinweise darauf, dass psychiatrische Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern bei unfreiwilligen Aufnahmen unterhalb des Niveaus der Psychiatrischen Krankenhäuser liegen (vgl. Forster 2001, ÖBIG 2001).

Das ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) wurde daher im Jahr 2004 vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) beauftragt, in Fortführung der vorangegangenen Untersuchungen eine routinemäßige Dokumentation der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes zu installieren und diese in zweijährigen Abständen zu aktualisieren. Der vorliegende Teil 5 der statistischen Analyse bezieht sich auf die Jahre 2001 und 2002 sowie auf die Entwicklung ausgewählter Aspekte der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes im Zeitverlauf seit dem Jahr 1991.

1.2 Projektauftrag und Projektziele

Ziel des Projekts ist es, Praxis und Vollziehung des Unterbringungsgesetzes kontinuierlich zu beobachten, Vergleiche nach regionalen und strukturellen Aspekten durchzuführen sowie Veränderungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. Inhaltlich sollen – in Anlehnung an vorangegangene Untersuchungen – folgende drei Aspekte untersucht werden:

[1] Eine rechtswissenschaftliche Darstellung der Grundzüge dieses Gesetzes bietet Kopetzki 1997.

- Unterbringungshäufigkeit;
- Zuweisungs- und Aufnahmeroutinen: Art der Aufnahmen (Aufnahmen ohne Verlangen[2], Aufnahmen auf Verlangen[3], informelle Aufnahmen) sowie die Art der Zuweisungen (Zuweisungen aufgrund ärztlicher Bescheinigung, Zuweisungen durch die Sicherheitsbehörden, sonstige Zuweisungen);
- Gerichtliche Kontrolle: Anzahl und Ergebnisse der gerichtlichen Anhörungen in Unterbringungsverfahren, Anzahl und Ergebnisse mündlicher Verhandlungen (erstinstanzliche Unzulässigkeitsentscheidungen), Ergebnisse von gerichtlichen Verfahren bei Beschränkungen und Behandlungen.

Darüber hinaus ist in Aussicht genommen, ab dem Jahr 2006 in jedem Bericht vertiefend eine Fragestellung zu bearbeiten, wie beispielsweise Ursachen und Zusammenhänge regionaler Unterschiede in der Vollziehungspraxis oder ein vertiefender Vergleich der Vollziehungspraxis zwischen dezentralen Abteilungen für Psychiatrie und Psychiatrischen (Groß)Krankenhäusern.

Im vorliegenden Bericht werden spezifische Aspekte der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes (UbG) anhand einer Auswertung von erhobenen statistischen Daten beschrieben. Die Fragestellung hierbei ist, wo sich Veränderungen in den Routinen der Vollziehungspraxis einstellen oder wo die Routinen stabil bleiben.

Der aktuelle Bericht schließt an die vier Untersuchungen (Forster 1993, 1996, Forster/Kinzl 2001a, Forster/Kinzl 2002) an, die die Zeiträume 1991-1992, 1993-1995, 1996-1999 und 2000 behandelt haben. Er ergänzt somit die bisher gewonnenen Informationen und ermöglicht dadurch die Rückschau über die bisherige Vollziehungspraxis des UbG. Eine Auswertung und Berichtserstellung soll künftig alle zwei Jahre im 2. Quartal des Jahres erfolgen.

---

[2] Der Begriff "Aufnahme ohne Verlangen" meint die Unterbringung ohne Verlangen (§ 8 UbG) einer neu aufzunehmenden Person. Die diesbezüglichen Daten werden aus Angaben der Krankenanstalten gewonnen (vgl. Kapitel 1.3.). Die "gemeldeten Unterbringungen" schließen auch die Umwandlung einer Unterbringung auf Verlangen (§ 4 UbG) in eine Unterbringung ohne Verlangen und - quantitativ bedeutsamer - die Unterbringung einer zuvor "informell" (ohne UbG) aufgenommenen Person ein.

[3] "Unterbringung auf Verlangen" (§ 4 UbG) meint die freiwillige Inkaufnahme von Bewegungsbeschränkungen und ist dadurch von sonstigen, nicht mit Freiheitsbeschränkungen verbundenen Aufnahmen zu unterscheiden. Für die Unterbringung auf Verlangen gelten die gleichen materiellen Voraussetzungen wie für die Unterbringung ohne Verlangen (Vorliegen einer psychischen Krankheit, Gefahr für eigenes oder fremdes Leben bzw. Gesundheit, Fehlen ausreichender anderer Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten). Die Patientin bzw. der Patient muss einsichts- und urteilsfähig sein und das Verlangen vor der Aufnahme in die psychiatrische Abteilung stellen. Darüber hinaus existieren einige formelle Voraussetzungen (eigenhändiges, schriftliches und in Gegenwart des Abteilungsleiters sowie eines weiteren Facharztes gestelltes Aufnahmeverlangen). Die Unterbringung auf Verlangen endet durch Widerruf oder Ablauf der maximal zehnwöchigen Frist (vgl. Kopetzki 1997, S 63ff.). In der Essenz ist sie nichts anderes als ein Verzicht auf die Rechtsschutzmaßnahmen des gerichtlichen Unterbringungsverfahrens und die obligatorische Vertretung durch die Patientenanwaltschaft.

Der vorliegende Teil 5 bezieht sich auf die Jahre 2001 und 2002. Die nächste Dokumentation sollte dann im Jahr 2006 für die Jahre 2003 und 2004 erfolgen.

Um leichter Verbindungen zu den früheren Publikationen herstellen zu können, ist der vorliegende Bericht unter Verwendung der gleichen Datenquellen auch weitgehend gleich aufgebaut. Wie auch für die früheren Forschungsberichte gilt die Einschränkung, dass nur jene Fragestellungen beantwortet werden können, die mittels der vorliegenden statistischen Daten behandelbar sind.

1.3 Datengrundlagen und methodische Vorgangsweise

In einem ersten Schritt wurde in einem Treffen zwischen ÖBIG und den bisherigen Autoren der laufenden statistischen Analyse zum Unterbringungsgesetz (Prof. Forster, Mag. Kienzl) die bisherige Datenqualität bzw. -übermittlung sowie die bisherige methodische Vorgangsweise besprochen.

Basis der Studie sind folgende Datenquellen:

1. Die von den zuständigen Gerichten an das Bundesrechenzentrum übermittelten Daten,

2. Daten der jährlichen Erhebung zur Zuweisung und Aufnahme psychiatrischer Patientinnen und Patienten durch das BMGF (vgl. Erhebungsblatt im Anhang) und

3. die Diagnosen- und Leistungsdokumentation der österreichischen Krankenanstalten (2003).

Dieser Bericht stützt sich – wie schon die bisherigen Berichte von Prof. Forster – vor allem auf zwei Datenquellen: Erstens auf die von den zuständigen Gerichten an das Bundesrechenzentrum übermittelten Daten, die derzeit nicht veröffentlicht werden. Anhand dieser Quelle können die Abläufe in den gerichtlichen Unterbringungsverfahren nachvollzogen werden. Um auch die – ebenfalls im UbG geregelten – Phasen der Zuweisung und Aufnahme durch die Krankenanstalten erfassen zu können, wird seit 1992 mit Hilfe eines Formblatts eine jährliche Erhebung durch das Gesundheitsressort (derzeit Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) durchgeführt. Die von den Krankenanstalten teilweise unvollständig bzw. uneinheitlich retournierten Datengrundlagen wurden telefonisch nachrecherchiert. Dadurch konnten offene Fragen oder fehlende Angaben weitgehend geklärt bzw. ergänzt werden.

Die vorhandenen Daten wurden für die Jahre 2001 und 2002 entsprechend den oben genannten Aspekten ausgewertet und analysiert, wobei die Verbindung zu früheren Untersuchungen sowohl hinsichtlich der Datenquellen als auch hinsichtlich der durchgeführten Auswertungen gesichert wurde. Zur Analyse der Unterbringungshäufigkeit in den Jahren 2001 und 2002 wurden folgende Auswertungen durchgeführt:

- Entwicklung der Absolutzahlen und jährliche Veränderung in Prozent

- Entwicklung der relativen Häufigkeit im Vergleich zu allen psychiatrischen Aufnahmen
- Entwicklung der bevölkerungsbezogenen Häufigkeit (Anzahl der Unterbringungen pro 100.000 Einwohner eines Bundeslandes)
- Unterbringungshäufigkeiten differenziert nach Krankenanstaltentyp (psychiatrisches Krankenhaus, psychiatrische Universitätsklinik, psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalten, Abteilung für Kinder und Jugendneuropsychiatrie, sonstige psychiatrische Einrichtungen)

Die Vollziehung des Unterbringungsgesetzes bei der Altersgruppe bis 18-jährigen Patientinnen und Patienten wurde bisher nicht getrennt untersucht. Dies war auch für den vorliegenden Bericht nicht bzw. nur eingeschränkt möglich, da die Erhebung des BMGF bei den Krankenanstalten nicht darauf ausgerichtet ist. Im vorliegenden Bericht wurde – im Gegensatz zu den vorangegangenen Berichten – zusätzlich der Krankenanstaltentyp „KJP“ (Kinder- und Jugendpsychiatrische Abteilung) eingeführt. Die bisherigen Ergebnisse sind jedoch aufgrund fehlender Rückmeldungen bzw. mangelnder Differenzierungsmöglichkeit nur bedingt aussagekräftig. In den kommenden Jahren soll der Vollziehung des Unterbringungsgesetzes an den KJP-Abteilungen verstärktes Augenmerk gewidmet werden. Für die geplante Aktualisierung des Berichts im Jahr 2006 wird daher vorgeschlagen, die Erhebung getrennt nach Abteilungen durchzuführen. Unter dieser Voraussetzung können die Abteilungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und damit die Unterbringungshäufigkeiten in dieser Altersgruppe getrennt ausgewertet werden.

2 Organisatorischer Rahmen der Vollziehung des UbG

Iststand und Planung psychiatrischer Abteilungen in Österreich

Im ÖKAP/GGP 2003, der noch bis Ende 2005 Gültigkeit hat, sind insgesamt 42 Standorte für die stationäre psychiatrische Versorgung vorgesehen. Zwölf davon wurden bis zum Jahr 2004 im Zuge des Dezentralisierungsprozesses der psychiatrischen Fachabteilungen an allgemeinen Krankenhäusern eingerichtet. Nach etwa einem Jahr Vorlaufzeit wird an den meisten dieser Abteilungen Vollversorgung – also auch Unterbringung ohne Verlangen (§8 UbG; MEL 7581) – durchgeführt, wobei die vom UbG geforderte Erstellung von zwei Gutachten innerhalb der zulässigen Zeitspanne aufgrund der personellen Besetzung der kleinen Fachabteilungen oftmals schwer zu erfüllen ist (vgl. ÖBIG 2001).

Tabelle 2.1: Standorte psychiatrischer Abteilungen bzw. Krankenanstalten - Iststand 2004

Bundes-land	Standort	Tatsächl. Betten	Krankenanstalten-typ [1)]	Unterbringung nach UbG
B	Eisenstadt BBR KH	—		—
	Oberwart LKH	—		—
K	Klagenfurt LKH (Zentrum für Seelische Gesundheit)	188	PKH	ja
	Klagenfurt LKH (Abteilung für Neurologie und Psychiatrie des Kindes- und Jugendalters)	48	KJP	ja
	Villach LKH	50 [2)]		—
NÖ	Hollabrunn KH	31	PA-AKH	ja
	Mauer-Amstetten LNKL (inkl. KJNP und Sonderbereiche)	237	PKH	ja
	Mödling LKH	—-		—
	Neunkirchen KH	30	PA-AKH	ja
	St. Pölten KH	—		—
	Donauklinikum Tulln (LNKL Klosterneuburg-Gugging)	189	PA-AKH	ja
	Waidhofen/Thaya KH	30	PA-AKH	ja
	PKH Ybbs	145	SON	ja

Fortsetzung Tabelle 2.1

Bundes-land	Standort	Tatsächl. Betten	Krankenan-staltentyp [1)]	Unterbrin-gung nach UbG
OÖ	Braunau SSR KH	—	PA-AKH	In Vorbereitung
	Linz-Wagner-Jauregg KH (inkl. KJP und Sonderbereiche)	672	PKH	ja
	Steyr LKH	—		—
	Vöcklabruck (bis 2004 im LKH Gmundnerberg)	30	PA-AKH	In Vorbereitung
	Wels PSY KH	50	PA-AKH	ja
S	Salzburg LNKL (inkl. KJP und Sonderbereiche)	278	PKH	ja
	Schwarzach/Pongau KH	30	PA-AKH	In Vorbereitung
ST	Graz LKH (Psychiatrische Universitätsklinik)	64	PUK	ja
	Graz LSF - Landesnervenklinik Sigmund Freud (inkl. KJP und Sonderbereiche)	657	PKH	ja
	Graz Eggenberg BBR KH	110	SON	nein
	LPH Schwanberg	163	SON	ja
	Leoben LKH	—		—
T	Hall in Tirol PSYKH	375	PKH	ja
	Innsbruck LKH (Psychiatrische Universitätsklinik)	119	PUK	ja
	Lienz BKH	30	PA-AKH	In Vorbereitung
	Zams BSRV KH	—		—
	Kufstein BKH	29	PA-AKH	ja
V	Rankweil LKH/Valduna	238	PKH	ja
	Feldkirch Therapiestation Carina	21	KJP	nein
W	Wien AKH (Psychiatrische Universitätsklinik)	179	PUK	ja
	Wien AKH (Univ. Klinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters)	39	KJP	ja
	Wien KFJ- Spital	51	PA-AKH	ja
	Wien SMZ-Ost KH	82	PA-AKH	ja
	Wien Otto Wagner Spital (OWS)	598	PKH	ja
	Wien Neurolog. KH Rosenhügel (Neuropsychiatr. Abteilung für Kinder und Jugendliche)	33	KJP	ja

Quellen: ÖKAP/GGP 2003; ÖBIG-eigene Erhebungen

[1)] PKH = Psychiatrisches Krankenhaus; PUK = Psychiatrische Universitätsklinik; PA-AKH = psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalt; KJP = Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung; SON = sonstige Krankenanstalten (Versorgung von chronisch Kranken bzw. Langzeitversorgung)

[2)] Die psychiatrischen Betten an der Abteilung für Neurologie und Psychosomatik sind dzt. nur durch die Leistungserbringung definiert und organisatorisch nicht abgesichert. Im Kärntner Psychiatrieplan ist die Einrichtung einer Abteilung für Psychiatrie mit 80 Betten am Standort Villach vorgesehen.

Bis Ende 2005 sollen insgesamt 23 psychiatrische Fachabteilungen an allgemeinen Krankenanstalten in Betrieb sein (vgl. ÖKAP/GGP 2003). Geplante dezentrale Fachabteilungen, die bis dato noch nicht umgesetzt wurden, sind in Tabelle 2.1 grau hinterlegt. In dieser Tabelle ist aus der Spalte „Krankenanstaltentyp“ weiters ersichtlich, welchem Typus die jeweilige Einrichtung in den nachfolgenden Auswertungen zugeordnet wurde (vgl. auch Fußnote 1).

Die quantitative Bedeutung der zentralen psychiatrischen Landeskrankenanstalten in der psychiatrischen Versorgungsstruktur ist nach wie vor groß. Ihr Anteil an den psychiatrischen Gesamtaufnahmen liegt weit über jenen der psychiatrischen Universitätskliniken oder der psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenanstalten (vgl. Tabelle 3b im Anhang).

Als Patientinnen- bzw. Patientenvertretung im Sinne des UbG sind zwei Vereine tätig: Das Institut für Sozialdienste ist für Vorarlberg zuständig, der Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft für die restlichen Bundesländer.

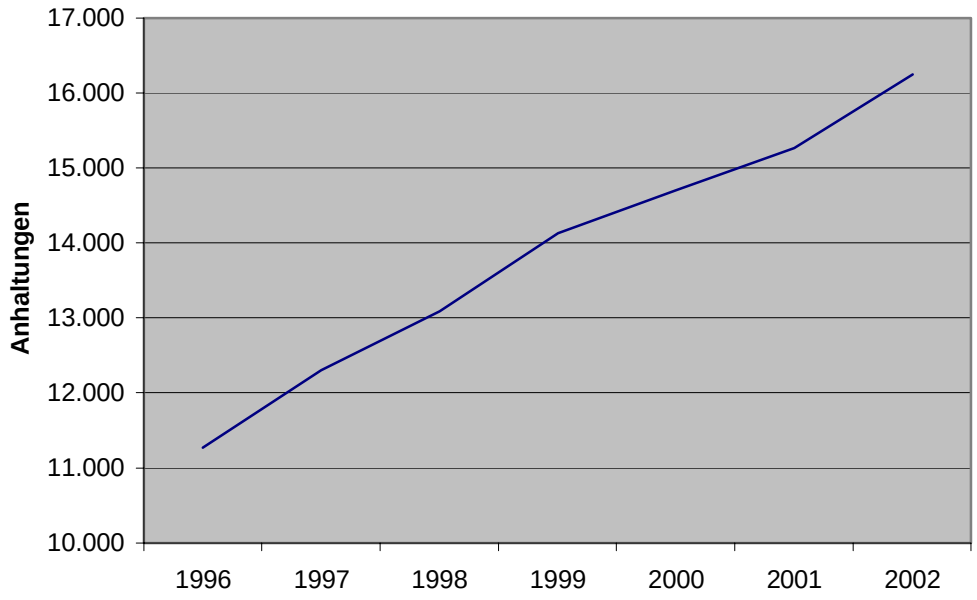
Mit Ende 2002 wurden von 20 Bezirksgerichten Verfahren gemäß UbG durchgeführt. Der quantitative Umfang der bei den einzelnen Gerichten durchgeführten Verfahren variiert stark. Sechs Gerichte weisen mehr als 1.000 gemeldete Unterbringungen auf, neun zwischen 100 und 1.000, fünf weniger als 100 (vgl. Tabelle 2a im Anhang).

3 Ergebnisse zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes

3.1 Unterbringungshäufigkeit

In den Jahren 2001 und 2002 ist es zu einem weiteren Anstieg der Gesamtzahl der gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach UbG gekommen. Österreichweit wurden im Jahr 2001 rund 15.000 Unterbringungen und im Jahr 2002 rund 16.000 Unterbringungen bei den zuständigen Gerichten gemeldet. Damit setzt sich der seit 1996 bestehende Trend der Zunahme der gemeldeten Unterbringungen fort. Die jährlichen Zuwachsraten sind jedoch mit vier Prozent im Jahr 2001 und 6,5 Prozent im Jahr 2002 unauffällig (vgl. Abbildung 3.1 sowie Tabelle 1 im Anhang).

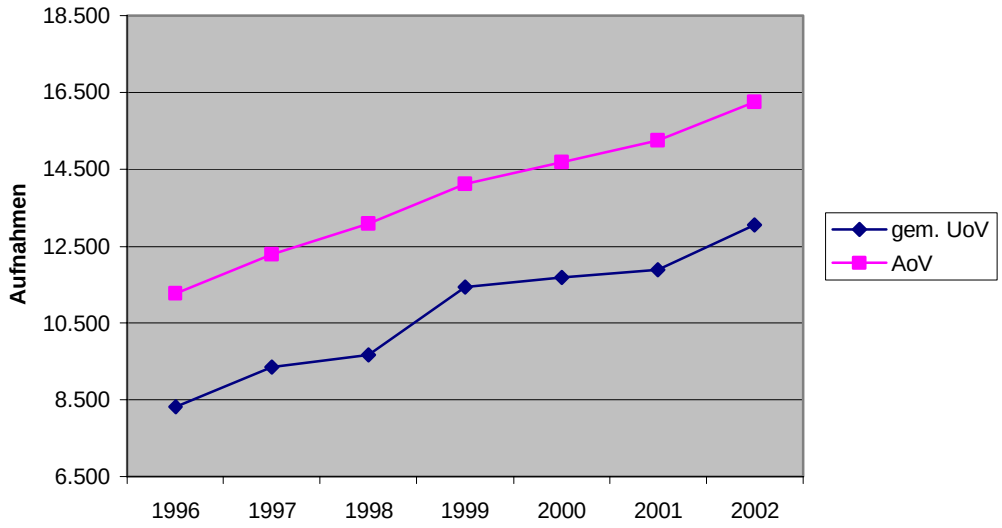
Abbildung 3.1: Gesamtzahl der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach UbG 1996 - 2002



Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

Die steigende Anzahl an gemeldeten Unterbringungen entspricht dem Steigerungstrend der Gesamtzahl psychiatrischer Aufnahmen. Die Relation der gemeldeten Unterbringungen zu allen psychiatrischen Aufnahmen bewegt sich im Zeitraum 1996 bis 2002 zwischen 21 und 24 Prozent und bleibt damit relativ konstant (vgl. Tabelle 3a im Anhang).

Abbildung 3.2: Aufnahmen ohne Verlangen und gemeldete Unterbringungen 1996 - 2002

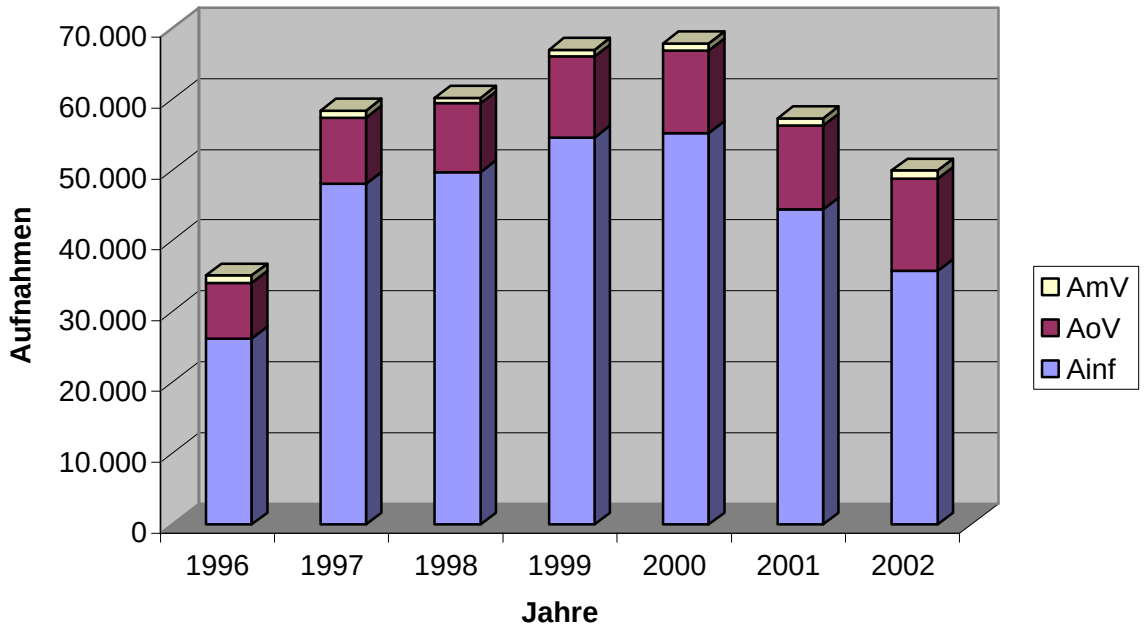


Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; ÖBIG-eigene Berechnungen

Auch der relative Anteil der Aufnahmen ohne Verlangen (AoV) an den Gesamtaufnahmen in psychiatrischen Krankenanstalten bzw. psychiatrischen Abteilungen verändert sich im Berichtszeitraum kaum. Im Jahr 2001 stieg dieser Wert auf 19 Prozent an und liegt jetzt – wie in den vorrangegangenen Jahren – bei 17 Prozent. (vgl. Abbildung 3.2 bzw. Tabelle 3a im Anhang).

Das Ausmaß der Unterbringungen auf Verlangen (AmV) beträgt seit 1996 konstant zwischen ein und zwei Prozent der Gesamtaufnahmen (vgl. Abbildung 3.3 bzw. Tabelle 3a im Anhang).

Abbildung 3.3: Anteil der Aufnahmearten an den Gesamtaufnahmen, 1996 – 2002



Quellen: Forster/Kinzl 2002; Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; ÖBIG-eigene Berechnungen

Bei der Analyse der bevölkerungsbezogenen Häufigkeiten des Auftretens von Freiheitsbeschränkungen in der Psychiatrie zeigt sich insgesamt ein kontinuierlicher Anstieg, der sich auch in den Jahren 2001 und 2002 abbildet, aber im Vergleich zu den Vorjahren unauffällig bleibt. Die Rate der Unterbringungen ohne Verlangen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner liegt im Jahr 2001 bei 189 und im Jahr 2002 bei 202 (vgl. Abbildung 3.4 bzw. Tabelle 2c im Anhang).

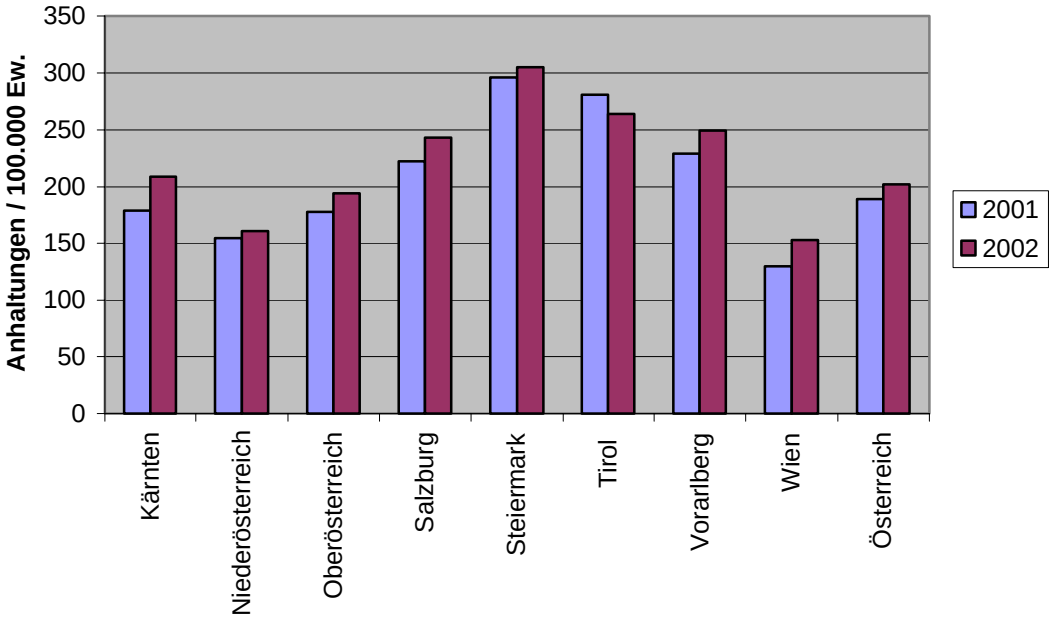
Am häufigsten kommen stationäre Unterbringungsfälle in folgenden Hauptdiagnosegruppen nach ICD-10 vor (vgl. Tabelle 9 im Anhang):

1. Schizophrenie, schizotype und wahnhafte Störungen (F20 – F29)
2. Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen (F10 – F19)
3. Affektive Störungen (F30 – F39)

3.2 Variation der Unterbringungshäufigkeit nach Krankenanstaltentyp und Bundesland

Im Rahmen der vorliegenden Analyse ist von Interesse, ob sich die in den bisherigen Berichten aufgezeigten Unterschiede der Unterbringungshäufigkeiten nach Krankenanstaltentyp (Psychiatrisches Krankenhaus, psychiatrische Universitätsklinik, psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalten) sowie nach Bundesländern auch in den Jahren 2001 und 2002 fortsetzen.

Abbildung 3.4: Bevölkerungsbezogene Raten der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen pro 100.000 Einwohner nach Bundesland



Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum; Volkszählung 1991 bzw. 2001 (2000-2002). ÖBIG-eigene Berechnungen

Bei der Betrachtung der relativen Unterbringungshäufigkeit in den einzelnen Bundesländern zeigt sich nach wie vor ein „West-Ost-Gefälle“. In den Jahren 2001 und 2002 sind die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg gemeinsam mit der Steiermark jene Regionen, die über dem österreichischen Durchschnitt liegen. Die niedrigste Rate der gemeldeten Unterbringungen ist in Wien zu verzeichnen, die höchste in der Steiermark. Die Unterbringungsraten steigen in den meisten Bundesländern kontinuierlich an, allerdings ist zwischen dem Jahr 2000 und 2001 in Vorarlberg, Tirol, der Steiermark und Salzburg ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Zwischen 2001 und 2002 zeigt sich lediglich in Tirol ein Rückgang der Unterbringungsrate (vgl. Abbildung 3.4).

Die bereits in den vorangegangenen Berichten festgestellte Diskrepanz zwischen den Bundesländern bezüglich der "nachträglichen" Unterbringungen (vgl. Forster/Kinzl) bestätigt sich

auch in den Jahren 2001 und 2002. Diese Differenz zwischen gemeldeten Unterbringungen und unfreiwilligen Aufnahmen ist in Wien und der Steiermark besonders hoch, während in den anderen Bundesländern der Anteil "nachträglicher" Unterbringungen deutlich geringer ist.

Hinsichtlich der Unterbringungshäufigkeit bestehen nicht nur deutliche Unterschiede nach Bundesländern, sondern auch zwischen den Krankenanstalten. Die stark unterschiedliche Unterbringungspraxis lässt sich zum einen anhand der bevölkerungsbezogenen Unterbringungsraten belegen (vgl. Tabelle 2c im Anhang). Sie zeigt sich weiters bei der Betrachtung des relativen Anteils der Aufnahmen ohne Verlangen an den Gesamtaufnahmen. In der Krankenanstalt mit dem höchsten diesbezüglichen Anteil (Donauklinikum Tulln/Gugging) fallen in den Jahren 2001 und 2002 mehr als die Hälfte aller Aufnahmen in die Kategorie „Aufnahme ohne Verlangen“, während in jener mit dem niedrigsten Anteil (PKH Wien/OWS) lediglich fünf Prozent in dieser Form vorgenommen wurden (vgl. Tabellen 3c und 3d im Anhang).

Bei der Betrachtung der Unterbringungshäufigkeit nach Krankenanstaltentyp wurde in psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenanstalten (sogenannte „dezentrale psychiatrische Abteilungen“) in den vorrangegangenen Jahren der geringste Anteil an unfreiwilligen Aufnahmen vorgenommen. Diese Situation hat sich ab dem Jahr 2001 stark verändert. Während der Anteil der Aufnahmen ohne Verlangen an den Gesamtaufnahmen im Jahr 2000 noch zwölf Prozent betrug, war im Jahr 2001 ein Anstieg auf 30 Prozent zu verzeichnen. Im Jahr 2002 beträgt der Anteil „unfreiwilliger Aufnahmen“ an dezentralen psychiatrischen Abteilungen 26 Prozent, damit ist er immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (vgl. Tabelle 3b im Anhang). Diese Entwicklung ist sicherlich im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme neuer psychiatrischer Abteilungen zu sehen bzw. mit der ebenso stark angestiegenen Anzahl der Gesamtaufnahmen in diesem Zeitraum. Weiters haben erst seit kurzem bestehende Abteilungen (KH Hollabrunn, KH Neunkirchen, KH Gmundnerberg) erstmals mit der Durchführung von Aufnahmen ohne Verlangen begonnen. (Bei Eröffnung einer Abteilung für Psychiatrie ist im Allgemeinen mit einer Anlaufzeit von ein bis zwei Jahren für die Übernahme von „UbG-Patienten“ zu rechnen).

Die psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinspitälern weisen damit einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Aufnahmen ohne Verlangen gegenüber anderen Krankenanstaltentypen bzw. im Vergleich zu den Vorjahren auf, ein Umstand der derzeit noch nicht vollständig geklärt werden kann. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich die Anzahl der Aufnahmen ohne Verlangen in den nächsten Jahren entwickelt.

Der Anteil an unfreiwilligen Aufnahmen bei den psychiatrischen Universitätskliniken zeigt seit dem Jahr 2000 ebenfalls einen Anstieg und erreichte im Jahr 2001 mit 18 Prozent das Niveau der zentralen psychiatrischen Krankenhäuser. Der in Tabelle 3b (vgl. Anhang) diesbezüglich für das Jahr 2002 ausgewiesene Wert von 35 Prozent ist aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Angaben mit großer Vorsicht zu betrachten.

Bei jenen kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen (KJP), für die Daten vorlagen bzw. herausgerechnet werden konnten, liegt der Anteil unfreiwilliger Aufnahmen an den Gesamtaufnahmen im Jahr 2001 bei fünf Prozent und im Jahr 2002 bei drei Prozent. Wie bereits

angemerkt, muss diese Entwicklung weiter beobachtet werden bzw. die Datenerhebung künftig entsprechend umgestellt werden (vgl. Kapitel 1.3).

Die Aufnahmeform „Unterbringung mit Verlangen“ wird in einigen Krankenanstalten offenbar überhaupt nicht angewendet. Wird sie praktiziert, beträgt ihr Anteil an allen Aufnahmen zumeist zwischen ein und drei Prozent bzw. in keiner Krankenanstalt mehr als sieben Prozent (vgl. Tabelle 3b im Anhang).

3.3 Zuweisungs- und Aufnahmearten

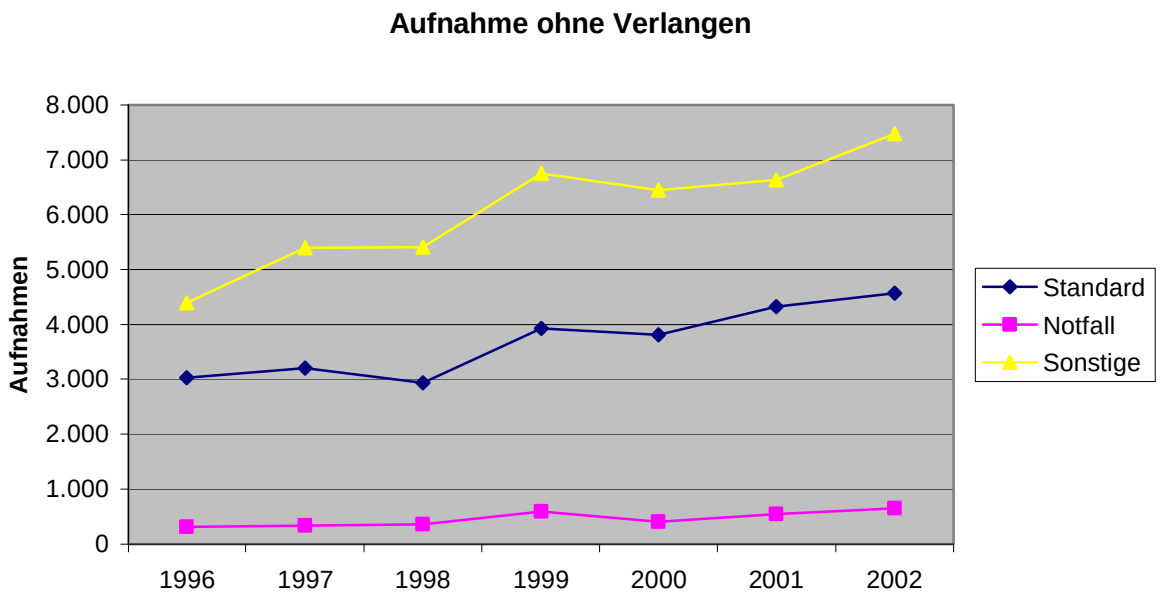
Seit dem Jahr 1996 liegt die gemäß UbG vorgesehene Standardprozedur[4] der Zuweisung (Zuweisung aufgrund einer Bescheinigung durch die dazu befugten Ärzte und Ärztinnen) bei etwas mehr als einem Drittel aller Aufnahmen ohne Verlangen (36 Prozent „Standardzuweisungen“ im Jahr 2002). Weitere vier bis fünf Prozent der Aufnahmen ohne Verlangen erfolgten nach direkter Vorführung durch die Sicherheitsbehörden ("Notfallprozedur")[5]. Auch diese Werte sind seit Jahren annähernd konstant, d. h. der Anteil der unfreiwilligen Aufnahmen, der auf diesen beiden gesetzlich geregelten Einweisungsformen beruht, liegt konstant bei rund 40 Prozent (vgl. Abbildung 3.5, Tabelle 4a im Anhang).

Auch bei der Zuweisungsart im Rahmen von Aufnahmen ohne Verlangen zeigen sich schon seit Jahren Unterschiede zwischen einzelnen Krankenanstalten: Während im Jahr 2001 im LKH Rankweil/Valduna und im BKH Kufstein 100 Prozent sowie in der Psychiatrischen Klinik Wels 71 Prozent aller Aufnahmen ohne Verlangen aufgrund der gesetzlichen Standard- oder Notfalleinweisung erfolgten, waren dies in der PUK Wien nur drei Prozent, in der PUK Graz sechs Prozent und im PKH Wien/OWS zehn Prozent. Eine ähnliche Verteilung zeigt sich auch im Jahr 2002 (vgl. Tabelle 4c im Anhang).

[4] Untersuchung durch befugte Ärztinnen/Ärzte (Amtsärztinnen und –ärzte) der Bundespolizeibehörden und im öffentlichen Sanitätsdienst stehende Ärztinnen/Ärzte), gegebenenfalls Bescheinigung des Vorliegens der Unterbringungsvoraussetzungen (kumulativ: Vorliegen einer psychischen Krankheit, Gefahr für Leben oder Gesundheit des Erkrankten bzw. anderer, Fehlen ausreichender anderer Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten) und Verbringung in eine psychiatrische Krankenanstalt.

[5] Bei Gefahr im Verzug können die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes die betroffene Person auch ohne Untersuchung und Bescheinigung in eine psychiatrische Krankenanstalt bringen (§ 9 Abs 2 UbG).

Abbildung 3.5: Art der Zuweisung bei Aufnahmen ohne Verlangen 1996 – 2002



Quellen: Forster/Kinzl 2002; Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; ÖBIG-eigene Berechnungen

Bei den Aufnahmen auf Verlangen steigt der Anteil der durch Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Sanitätsdienstes zugewiesenen Patientinnen und Patienten gegenüber den Vorjahren weiter an und liegt im Jahr 2001 bei 20 Prozent und im Jahr 2002 bei 16 Prozent. Selten erfolgen Aufnahmen auf Verlangen nach Notfallzuweisungen durch die Sicherheitsbehörden. Im Jahr 2002 erreichte diese Zuweisungsart mit vier Prozent den höchsten Wert seit 1996 (vgl. Tabelle 4a im Anhang).

Die Zahlen der informellen Aufnahmen gehen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren seit dem Jahr 2001 wieder zurück, dieser Rückgang kann aufgrund unvollständiger Angaben mancher Krankenanstalten allerdings nur bedingt als tatsächlicher Rückgang interpretiert werden (vgl. Tabelle 4a im Anhang).

Betrachtet man umgekehrt, welche Aufnahmeentscheidungen[6] in Abhängigkeit von der Zuweisungsart (Zuweisung mit ärztlicher Bescheinigung, Zuweisung durch Sicherheitsbehörden) gefällt wird, zeigt sich – wie Forster/Kinzl bereits feststellten - ein relativ hoher Grad an Übereinstimmung zwischen zuweisenden und aufnehmenden Instanzen, wenn es sich um Zuweisungen durch ärztliche Bescheinigung handelt. Im Jahr 2002 wurden 85 Prozent

[6] Entscheidungen bei der Aufnahmeuntersuchung in der psychiatrischen Krankenanstalt durch Abteilungsleitung und weitere/n Fachärztin bzw. -arzt.

der durch (im Sinne des UbG) befugte Ärztinnen und Ärzte zugewiesenen Personen auch tatsächlich durch Anstaltsärztinnen und -ärzte ohne Verlangen untergebracht. Umgekehrt ist der Anteil jener Personen sehr niedrig, der durch befugte Ärztinnen und Ärzte in eine Krankenanstalt eingewiesen, aber durch die Anstaltsärztinnen und -ärzte überhaupt nicht aufgenommen werden (2 Prozent sowohl für 2001 als auch für 2002, vgl. Tabelle 5a im Anhang).

Die Universitätskliniken weisen im Vergleich zu den Landeskrankenhäusern und Abteilungen an Allgemeinspitälern ein geringeres Niveau der Übereinstimmung zwischen zuweisenden und aufnehmenden Ärztinnen und Ärzten auf (63 Prozent im Jahr 2002). Die Übereinstimmungsrate liegt bei den Abteilungen an Allgemeinspitälern mit 91 Prozent am höchsten (vgl. Tabelle 5b im Anhang).

Bei den Zuweisungen durch Sicherheitsbehörden variiert die Quote der unfreiwilligen Unterbringungen von Jahr zu Jahr relativ stark. Im Jahr 2001 liegt sie mit 88 Prozent relativ hoch, im Jahr 2002 sank diese Quote wieder auf 53 Prozent. Die Zahl der mittels Sicherheitsbehörden zugewiesenen Personen, die in der Folge überhaupt nicht aufgenommen werden, ist äußerst gering.

Die Verteilung der Aufnahmeentscheidungen bei informellen Zuweisungen bleibt zwischen 1996 und 2002 im Wesentlichen konstant, wobei in den Jahren 2001 und 2002 ein leichter Anstieg der Aufnahmen ohne Verlangen zu verzeichnen ist und umgekehrt ein leichter Rückgang der Aufnahmen außerhalb des UbG (vgl. Tabelle 5a im Anhang).

Erhebliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich der Übergangsquoten der einzelnen Krankenanstalten. So führen im Jahr 2001 im LKH Rankweil 100 Prozent der Zuweisungen mit ärztlicher Bescheinigung zu einer Aufnahme ohne Verlagen und im PKH Linz sowie dem Donauklinikum Tullln/Gugging 90 Prozent. In der PUK Graz hingegen führten nur acht Prozent der Zuweisungen mit ärztlicher Bescheinigung zu einer Aufnahme ohne Verlangen und 92 Prozent zu keiner Aufnahme. Sehr ähnliche Relationen lassen sich auch 2002 feststellen. Die Übergangsquoten nach direkten Zuweisungen durch die Sicherheitsbehörden betragen in den meisten Krankenanstalten mehr als 70 Prozent (vgl. Tabelle 5c im Anhang).

3.4 Gerichtliche Kontrolle

Wie aus Abbildung 3.6 ersichtlich, steigt die Gesamtzahl der bei Gerichten gemeldeten Unterbringungen seit 1996 kontinuierlich an. Der seit dem Jahr 2000 beobachtbare Rückgang an gemeldeten Unterbringungen in den zentralen psychiatrischen Krankenhäusern (PKH) geht mit einem entsprechenden Anstieg in den dezentralen psychiatrischen Abteilungen (PA) einher.

Hinsichtlich der Entwicklung im Bereich der gerichtlichen Kontrolle von Unterbringungen zeichnen sich im Zeitverlauf 1996 bis 2002 folgende Veränderungen ab:

1. Zum einen werden prozentuell (nicht aber absolut) immer weniger Unterbringungen im Rahmen von gerichtlichen Verfahren auf ihre Zulässigkeit geprüft. Der im Jahr 2000 begonnene Trend, dass der Anteil der Unterbringungsfälle, die zur Erstanhörung[7] gelangen, im Berichtszeitraum unter 60 Prozent liegt, setzt sich in den Jahren 2001 und 2002 fort. Mehr als 40 Prozent aller Unterbringungen wurden also ärztlicherseits bereits vor Beginn des gerichtlichen Kontrollprozesses wieder aufgehoben. Auch hier bestehen große regionale Unterschiede: Zum Beispiel kamen im KH Kufstein in den Jahren 2000 bis 2002 nur 30 bis 36 Prozent aller Unterbringungsfälle zur Erstanhörung, während dieser Anteil im LKH Rankweil/Valduna zwischen 80 und 88 Prozent im selben Zeitraum beträgt.

Das zuvor dargestellte Phänomen gilt auch für den Anteil der mündlichen Verhandlungen[8] an den gemeldeten Unterbringungen. Für das Jahr 2000 ist bereits von Forster/Kinzl (2002) festgestellt worden, dass in lediglich 21 Prozent der Unterbringungsfälle mündliche Verhandlungen durchgeführt worden sind und der Anteil der mündlichen Verhandlungen an der Gesamtzahl der gemeldeten Unterbringungen damit das niedrigste Niveau seit Inkrafttreten des UbG erreicht hat. In den Jahren 2001 und 2002 bewegt sich der Anteil der mündlichen Verhandlungen auf vergleichbar niedrigem Niveau. Unterdurchschnittlich wenige mündliche Verhandlungen relativ zur Gesamtzahl der gemeldeten Unterbringungen zeigen sich bei BKH Kufstein, KH Neunkirchen, PKH Salzburg, KFJ Wien und PKH Linz, überdurchschnittlich viele mündliche Verhandlungen im KH Rankweil/Valduna, dem PKH Ybbs und der der PUK Wien.

2. Ein zweiter wesentlicher Trend ist das kontinuierliche Absinken des Anteils der gerichtlichen Unzulässigkeitsentscheidungen, der bereits im letzten Bericht unterstrichen worden ist (Forster/Kinzl 2002). Das bedeutet, dass immer weniger gemeldete Unterbringungen durch das Gericht für unzulässig erklärt werden bzw. umgekehrt, dass der Großteil der Unterbringungen auf Basis der gesetzlichen Grundlagen „berechtigt“ sind. Seit dem Jahr 1999 beträgt der Anteil der Unzulässigkeitsentscheidungen an allen gerichtlichen Anhörungen rund zehn Prozent (vgl. Tabelle 7a im Anhang).

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bezüglich der Unzulässigkeitsentscheidungen bei mündlichen Verhandlungen. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 14 Prozent und im Jahr 2002 elf Prozent der mündlichen Verhandlungen auf Aufhebung der Unterbringung entschieden. Im Vergleich zu den Jahren 1999 bis 2002 betrug der durchschnittliche Anteil in den Jahren 1996 bis 1998 noch 18 Prozent (vgl. Tabelle 7b im Anhang).

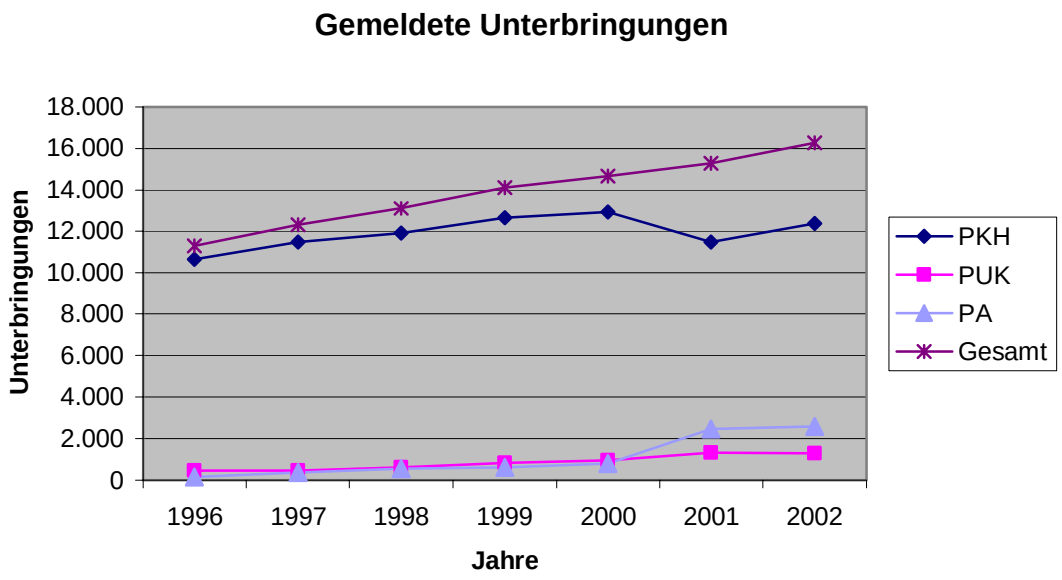
Im Vergleich der einzelnen Gerichte zeigt sich bezüglich der Unzulässigkeitsentscheidungen sowohl bei Erstanhörungen als auch bei mündlichen Verhandlungen eine relativ große Streuung.

---

[7] Tagsatzung binnen einer Woche ab Unterbringungsbeginn mit Entscheidung über Zulässigkeit.

[8] Die mündliche Verhandlung hat spätestens 14 Tage nach der Erstanhörung stattzufinden. Wird eine Unterbringung als zulässig entschieden, ist vom Gericht eine Zulässigkeitsfrist von maximal drei Monaten festzusetzen. Wird die Unterbringung nicht spätestens mit Ablauf der festgesetzten Frist aufgehoben, so ist eine neuerliche Anhörung bzw. mündliche Verhandlung durchzuführen.

Abbildung 3.6: Entwicklung der gemeldeten Unterbringungen nach Krankenanstaltentyp 1996 - 2002



Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

Im Jahr 2000 kam es in jedem 141. Unterbringungsfall zur gerichtlichen Kontrolle der Zulässigkeit von weitergehenden Freiheitsbeschränkungen[9] oder der Zulässigkeit von Behandlungen[10]. Die Frequenz derartiger Überprüfungen ist im Zeitverlauf bis 2002 weitgehend unauffällig. Insgesamt werden deutlich mehr Überprüfungen im Zusammenhang mit Behandlungen als mit Beschränkungen durchgeführt. Der Anteil der Unzulässigkeitsentscheidungen bezüglich Beschränkungen ist von 2000 auf 2001 stark gesunken, steigt aber 2002 wieder an. Auch bei den gerichtlichen Verfahren im Zusammenhang mit Behandlungen ist im Jahr 2002 ein Anstieg gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen.

[9] Durch die Unterbringung sind nur Beschränkungen der Bewegungsfreiheit auf mehrere Räume oder Bereiche legitimiert. Weitergehende Beschränkungen sind dann Bewegungsbeschränkungen auf einen Raum (Einzelraum, Fixierung am Bett, etc.). In derartigen Fällen können Betroffene oder deren Vertreter/in bzw. Patientenanwältinnen und -anwälte eine Überprüfung durch das Gericht verlangen. Eine gerichtliche Überprüfung kann auch bei Einschränkungen des Kontakts mit der Außenwelt verlangt werden (vgl. Kopetzki 1997, S 145ff.).

[10] Grundsätzlich dürfen Behandlungen nur mit Zustimmung der Betroffenen durchgeführt werden. Einer gerichtlichen Überprüfung nach UbG unterliegen: - besondere Heilbehandlungen (= operative Eingriffe, Elektrokrampftherapie u. v. m.; s. Kopetzki 1997, S 165ff.) bei nicht Einsichtsfähigen ohne gesetzlichen Vertreter oder Erziehungsberechtigten obligatorisch ex ante; - einfache Heilbehandlungen bei ebensolchen Personen fakultativ ex post (vgl. Kopetzki 1997, S 163).

Das relative Verhältnis zwischen zulässigen und unzulässigen Verfahren an der Gesamtzahl der Entscheidungen bleibt seit 1996 stabil. Im Durchschnitt sind zwischen 1996 und 2002 73 Prozent der Verfahren als zulässig und 27 Prozent als unzulässig entschieden worden (vgl. Tabelle 8a im Anhang).

Das Ausmaß, in dem die einzelnen Gerichte mit solchen Verfahren befasst werden, ist weiterhin sehr unterschiedlich. So entschied das für die PUK Graz und das PKH Graz zuständige Bezirksgericht im Jahr 2002 34 solcher Verfahren, während sechs Gerichtsstandorte mit keinem einzigen derartigen Verfahren befasst war (vgl. Tabelle 8b im Anhang).

4 Zusammenfassung und Diskussion

Im vorliegenden Bericht sowie in den vorangegangenen Berichten wurde aufgezeigt, dass in den letzten Jahren ein ständiger Anstieg der gemeldeten Unterbringungen zu verzeichnen war. Die Quoten der unfreiwilligen Aufnahmen (Anteil der unfreiwilligen Aufnahmen an den Gesamtaufnahmen) bleiben jedoch relativ stabil und gehen gleichförmig mit einem Anstieg der psychiatrischen Gesamtaufnahmen einher. Diese Entwicklung gilt auch für andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wobei Österreich im Vergleich mit anderen Staaten deutlich höhere Unterbringungsraten (Unterbringungen pro 100.000 Einwohner) aufweist[11] (vgl. Salize/Dreßing/Peitz 2002).

Die von Forster/Kinzl bisher angestellten Überlegungen und ihre Zusammenfassung möglicher Erklärungsansätze für den Anstieg der Anzahl der Unterbringungen gelten aus unserer Sicht nach wie vor (vgl. vgl. Forster 1993 und 1996, Forster/Kinzl 2001a, 2001b, 2002). Die wichtigsten Faktoren werden nachfolgend zusammengefasst, wobei eine Beantwortung der aufgeworfenen Fragen noch ausständig ist und weiterführender Untersuchungen bzw. Erhebungen bedarf.

„Drehtürpsychiatrie“

Dieser Erklärungsansatz geht davon aus, dass der Anstieg sowohl der freiwilligen als auch der unfreiwilligen Krankenhausaufnahmen großteils durch Wiederaufnahmen verursacht wird. Im Zusammenhang mit der kontinuierlichen Verkürzung der Verweildauern in stationären Einrichtungen wird bei den Patientinnen und Patienten zwar eine vorübergehende Symptombesserung erzielt, eine grundlegende Verbesserung des Krankheitsverlaufs wird jedoch nicht erreicht, weshalb wiederholte Aufnahmen notwendig werden. Demnach resultiert der Anstieg der stationären Fälle nicht aus einer Zunahme psychiatrischer Erkrankungen, sondern die Gruppe der betroffenen Personen benötigt eine erhöhte Zahl von Aufnahmen (mit jeweils relativ kurzen Aufenthaltsdauern). Dieser These soll im Rahmen der folgenden Berichte auf Basis der Diagnosen- und Leistungsdokumentation der österreichischen Krankenanstalten nachgegangen werden, zumal ausreichende empirische Belege für Österreich bisher fehlen.

Anstieg von Krisensituationen

Ein weiterer Grund für den Anstieg psychiatrischer Aufnahmen sowie der Unterbringungshäufigkeit könnte in der faktischen Zunahme der von Krisensituationen betroffenen Personen liegen, begründet durch komplexe soziale Wandlungsprozesse, die mit zahlreichen Unsicherheiten und veränderten Verhaltensmustern einhergehen. Auch diesbezüglich fehlen bisher empirische Nachweise.

[11] Allerdings ist bei Vergleichen von Unterbringungsquoten und -raten Vorsicht geboten: Die der Datenberechnung zugrundliegenden Konzepte und Methoden weichen ebenso wie die rechtlichen Regulierungen voneinander ab (vgl. Salize/Dressing/Peitz 2002, Legemaate 1995, Riecher-Rössler/Rössler 1993).

Veränderte Praxis bei der Entscheidung über den formellen Rechtsstatus

Ein Anstieg der Zahl der Unterbringungen muss nicht unbedingt einen realen Anstieg des Ausmaßes von Freiheitsbeschränkungen bedeuten, sondern kann in der gesetzlich regulierten Handhabung von Aufnahmen/Anhaltungen liegen, die die Eingriffe in die Selbstbestimmung der Betroffenen formalisiert und durch entsprechende Verfahren und Vertretungsinstanzen absichert. Demnach verändert sich lediglich die Definition des formellen Rechtsstatus. Hohe Unterbringungsraten sind damit nicht unbedingt als Beleg für ein hohes Maß von Zwang in der psychiatrischen Versorgung anzusehen, sondern können auch als Ausdruck einer größeren Klarheit bzw. Bewusstheit bezüglich potenzieller Unterbringungssituationen interpretiert werden.

Ein weiteres Phänomen, dem in den künftigen Berichten zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes verstärktes Augenmerk gewidmet werden soll, ist die regionale Unterschiedlichkeit in wesentlichen Merkmalen der Vollziehungspraxis, die bereits über Jahre nachgewiesen werden konnte. Dies gilt insbesondere für bevölkerungsbezogene Unterbringungshäufigkeiten, die Arten der Aufnahme bzw. Zuweisung sowie für verschiedene Aspekte der gerichtlichen Kontrolle. Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Wohnort einer psychisch kranken Person darüber mitentscheidet, wie groß die Wahrscheinlichkeit von freiheitsbeschränkenden Eingriffen ist bzw. der Umgang mit den rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen erfolgt. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, inwiefern die unterschiedliche regionale Praxis durch unterschiedliche Versorgungsstandards bzw. Versorgungslandschaften, durch einen unterschiedlichen Ausbaugrad der ambulanten psychiatrischen Versorgung sowie durch unterschiedliche administrative Routinen und weitere Merkmale geprägt ist.

5 Literatur

Appelbaum, Paul S. (1997): Almost a Revolution: An International Perspective on the Law of Involuntary Commitment. In: Journal of the American Academy of Psychiatry and Law 25/2, S 135-147

Bagby, R. M. (1987): The Effects of Legislative Reform on Admission Rates to Psychiatric Units of General Hospitals. In: International Journal of Law and Psychiatry 10, S 383-394

Beermann, Elke/Scherf, Michael (2001): Die Umsetzung des Unterbringungsgesetzes in Graz - Eine deskriptive Studie 1999. Wien

Bruns, Georg (1986): Zwangseinweisung und ambulante Dienste. In: Nervenarzt 57, S 119-122

Bruns, Georg (1997): Die psychiatrische Zwangseinweisung. In: Eink, M. (Hg.): Gewalttätige Psychiatrie. Ein Streitbuch. Bonn. S 56-70

Dallaire, Bernadette et al. (2001): Civil commitment due to mental illness and dangerousness: the union of law and psychiatry within a treatment-control system. In: Busfield, Joan (Hg.): Rethinking the Sociology of Mental Health. Oxford

Darsow-Schütte, Kirstin I./Müller, Peter (2001): Zahl der Einweisungen nach PsychKG in 10 Jahren verdoppelt. In: Psychiatrische Praxis 28, S 226-229

Forster, Rudolf (1993): Statistische Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes. Wien: Ludwig Boltzmann-Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie, Forschungsbericht Psychiatrie/4

Forster, Rudolf (1996): Statistische Informationen zur Vollziehung desUnterbringungsgesetzes. Teil 2: 1993-1995. Wien: Ludwig Boltzmann-Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie, Forschungsbericht Psychiatrie/5

Forster, Rudolf (1997): Psychiatrische Macht und rechtliche Kontrolle: internationale Entwicklungen und die Entstehung des österreichischen Unterbringungsgesetzes. Wien

Forster, Rudolf (1999): Von der Anstalts- zur Gemeindepsychiatrie: Empirische Befunde und theoriegeleitete Interpretationen eines Wandlungsprozesses. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 24/3, S 56-75

Forster, Rudolf/Kinzl, Harald (2001a): Statistische Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes. Teil 3: 1996-1999. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie

Forster, Rudolf/Kinzl, Harald (2001b): Die Vollziehung des Unterbringungsgesetzes - eine statistische Analyse der Jahre 1996-1999. In: Mitteilungen der Sanitätsverwaltung 102/12, S 3-12

Forster, Rudolf (2002): Zur Gewalt in der Psychiatrie; In: Ertl. M., Keintzel, B., Wagner, R.: Ich bin tausend Ich. Probleme, Zugänge und Konzepte zur Therapie von Psychosen. Wien. S 270-283

Haberfellner, Egon M./Rittmannsberger, Hans (1996): Unfreiwillige Aufnahme im psychiatrischen Krankenhaus - die Situation in Österreich. In: Psychiatrische Praxis 23, S 139-142

Hiday, Virginia A. (1988): Civil Commitment: A Review of Empirical Research. In: Behavioral Sciences & the Law 6/1, S 15-43

Lecompte, D. (1995): The Paradoxical Increase in Involuntary Admissions after the Revision of the Civil Commitment Law in Belgium. In: Medicine and Law 14, S 53-57

Legemaate, Johan (1995): Involuntary Admission to a Psychiatric Hospital: Recent European Developments. In: European Journal of Health Law 2, S 15-32

Legemaate, Johan (1998): Legal protection in psychiatry: balancing the rights and needs of patients and society. In: European Psychiatry 13 (Suppl 3), S 107s-112s

Katschnig, Heinz et.al. (2001): Österreichischer Psychiatriebericht 2001. Teil 1, Daten zur psychiatrischen und psychosozialen Versorgung der österreichischen Bevölkerung. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

König, Peter/Niederhofer, Helmut (1995): Auswirkungen des Unterbringungsgesetzes auf die Population stationär aufgenommener Patienten. In: Österreichische Juristen- Zeitung 50/3, S 81-86

Kopetzki, Christian (1997): Grundriß des Unterbringungsrechts. Wien - New York

Kopetzki, Christian (2002): Der Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft - 20 Jahre Rechtsschutz für psychisch kranke und geistig behinderte Menschen; In: Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (Hg.): Vertreten - Beraten - Unterstützen. 10 Jahre Patientenanwälte in der Psychiatrie. Wien. S 95-112

Pilgrim, David/Rogers, Anne (1994): A Sociology of Mental Health and Illness. Buckingham/Philadelphia

Raiser, Thomas (1995): Das lebende Recht. Rechtssoziologie in Deutschland. Baden-Baden

Riecher-Rössler, A./Rössler, W. (1993): Compulsory admission of psychiatric patients - an international comparison. In: Acta Psychiatrica Scandinavica 87, S 231- 236

Salize, Hans J./Dressing, Harald/Peitz, Monika (2002): Compulsory Admission and Involuntary Treatment of Mentally Ill Patients - Legislation and Practice in EU-Member States. Mannheim: European Commission - Health & Consumer Protection Dircectorate-General, Research Project. Final Report Statistische Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes 2000 21

Salize, Hans J./Dressing, Harald (2004a): Epidemiology of involuntary placement of mentally ill people across the European Union. In: British Journal of Psychiatry 184, S 163 – 168

Salize, Hans J./Dressing, Harald (2004b): Nehmen Zwangsunterbringungen psychisch Kranker in den Ländern der Europäischen Union zu? In: Gesundheitswesen 66, S 240 - 245

Spengler, Andreas/Böhme K. (1989): Versorgungsepidemiologische Aspekte der sofortigen Unterbringung; In: Nervenarzt 60, S 226-232

Spengler, Andreas (1994): Sofortige zwangsweise Unterbringungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1991-1992: Erste Ergebnisse. In: Psychiatrische Praxis 21, S 118-120

VSP (Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft) (1999): Im rechtsfreien Raum. ... Freiheitsbeschränkungen in Behinderteneinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen. Wien

VSP (Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft) (2001): Bericht 2000. Tätigkeit, Erfahrungen, Wahrnehmungen. Wien

VSP (Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft) (2002): Bericht 2001. Tätigkeit, Erfahrungen, Wahrnehmungen. Wien

Wall, Sharon et al. (1999): Trends in the use of the Mental Health Act: England, 1984-96. In: British Medical Journal 318, S 1520-1521

Warren, Carol A.B. (1982): The Court of Last Resort. Mental Illness and the Law. Chicago - London

Wlattnig, Peter (2002): Grenzen des Rechts. Rechtsschutz aus der Sicht eines Unterbringungsrichters. In: Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (Hg.): Vertreten - Beraten - Unterstützen. 10 Jahre Patientenanwälte in der Psychiatrie. Wien. S 63-75

6 Anhang

Erhebungsblatt „Rechtsstatus des Patienten gemäss UbG bei der Zuweisung und bei der Aufnahme in psychiatrische Abteilungen“ des BMGF

Tabelle 1: Gesamtzahl der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach UbG 1996 – 2002

Tabelle 2a: Anzahl der gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen 1996 – 2002 nach Gerichtsstandorten

Tabelle 2b: Zahl der bei Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach Krankenanstaltentyp, 1996 – 2002

Tabelle 2c: Bevölkerungsbezogene Raten der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen pro 100.000 Einwohner nach Bundesland, 1996 –2002

Tabelle3a: Verteilung der Aufnahmearten in den Jahren 1996 – 2002

Tabelle 3b: Art der Aufnahme nach Typus der Krankenanstalt in den Jahren 1996 – 2002

Tabelle 3c: Art der Aufnahme in psychiatrischen Abteilungen im Jahr 2001

Tabelle 3d: Art der Aufnahme in psychiatrischen Abteilungen im Jahr 2002

Tabelle 4a: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten 1996 – 2002

Tabelle 4b: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Typus der Krankenanstalt 1996 – 2002

Tabelle 4c: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Krankenanstalten im Jahr 2001

Tabelle 4d: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Krankenanstalten im Jahr 2002

Tabelle 5a: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten 1996 – 2002

Tabelle 5b: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten nach Typus der Krankenanstalt 1996 – 2002

Tabelle 5c: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten nach Krankenanstalten 2001 – 2002

Tabelle 6a: Zahl der gerichtlichen Anhörungen in Unterbringungsverfahren 1996 – 2002 nach Gerichten

Tabelle 6b: Zahl der mündlichen Verhandlungen in Unterbringungsverfahren 2001 und 2002 nach Gerichten

Tabelle 7a: Ergebnisse der gerichtlichen Anhörungen (Anteil der erstinstanzlichen Unzulässigkeitsentscheidungen) 1996 – 2002 nach Gerichten

Tabelle 7b: Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen (Anteil der erstinstanzlichen Unzulässigkeitsentscheidungen) 1996 – 2002 nach Gerichten

Tabelle 8a: Ergebnis von gerichtlichen Verfahren bei Beschränkungen und Behandlungen: Gesamtsumme 1996 – 2002

Tabelle 8b: Ergebnisse von gerichtlichen Verfahren bei Beschränkungen und Behandlungen nach Gerichten 2001 und 2002

Tabelle 9: Stationäre Unterbringungsfälle in psychiatrischen Abteilungen nach Hauptdiagnosen sowie Standort-Bundesland der versorgenden KA 1998 - 2002

Bitte ausgefüllt zurücksenden an:
Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, Abt. VIII/D/5
Radetzkystr. 2, 1030 Wien, Fax: 01/718 718/3

RECHTSSTATUS DES PATIENTEN GEMÄSS UBG BEI DER ZUWEISUNG UND BEI DER AUFNAHME IN PSYCHIATRISCHE ABTEILUNGEN

JAHR: _____ **KRANKENANSTALT:** _____

	1) bei der Zuweisung	2) bei der Aufnahme	
(A)	**mit ärztlicher Bestätigung (§ 8)**	ohne Verlangen	..... (a
		auf Verlangen (§ 4)	..... (b
		informell (ohne UbG)	..... (c
		nicht aufgenommen	..... (d
(B)	**durch Sicherheits-behörde, ohne ärztliche Bestätigung (§ 9 Abs. 2)**	ohne Verlangen	..... (a
		auf Verlangen (§ 4)	..... (b
		informell (ohne UbG)	..... (c
		nicht aufgenommen	..... (d
(C)	**auf andere Weise (informell)**	ohne Verlangen	..... (a
		auf Verlangen (§ 4)	..... (b
		informell (ohne UbG)	..... (c
(D)		Aufnahmen gesamt	.....
		davon:	
		ohne Verlangen	..... (a
		auf Verlangen (§ 4)	..... (b
		informell (ohne UbG)	..... (c

Kontaktperson für Rückfragen:

Name: _____ Tel: _____ E-mail: _____

Bitte beachten Sie die Erläuterungen auf der Rückseite! →

Erläuterungen zum Formblatt:

Zweck:

Das Ausfüllen dieses Formblattes dient der Erstellung von statistischen Informationen zur Vollziehung des Unterbringungsgesetzes, die vom Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen und vom Bundesministerium für Justiz in Auftrag gegeben werden. Insbesondere sollen mittels des Formblattes Erkenntnisse über die Zuweisungs- und Aufnahmevorgänge bei den einzelnen mit der Vollziehung des UbG befassten Krankenanstalten bzw. –abteilungen gewonnen werden.

Ausfüllhilfe:

Spalte **1)** Erfasst die Art der **Zuweisung** des/r PatientIn an die Krankenanstalt:

Das UbG regelt zwei Arten der Zuweisung, bei denen Personen gegen oder ohne ihren Willen in eine Anstalt gebracht werden können:

In **§ 8** werden Fälle geregelt, bei denen ein im öffentlichen Sanitätsdienst stehender Arzt oder ein Polizeiarzt die Person untersucht und bescheinigt, dass die Voraussetzungen für eine Unterbringung vorliegen.
→ Die Gesamtzahl der auf diese Weise in die Krankenanstalt gebrachten Personen bitte in Spalte 1 Zeile (A) eintragen.

In **§ 9 Abs. 2** werden Fälle geregelt, in denen die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes eine Person bei Gefahr im Verzug ohne Untersuchung und ohne ärztliche Bescheinigung in eine Anstalt bringen können.
→ Die Gesamtzahl der auf diese Weise in die Krankenanstalt gebrachten Personen bitte in Spalte 1 Zeile (B) eintragen.

Darüber hinaus können Personen auch **auf andere Weise (informell)** eine Krankenanstalt aufsuchen.
→ Die Gesamtzahl der auf diese Weise in die Krankenanstalt kommenden Personen bitte in Spalte 1 Zeile (C) eintragen.

Spalte **2)** Erfasst die Art der **Aufnahme** in die Krankenanstalt jeweils bezogen auf die Zuweisungsart:

Personen können bei der Aufnahme in die Krankenanstalt folgenden Rechtsstatus haben:

- unfreiwillige Unterbringung = **ohne Verlangen**

- freiwillige Unterbringung (Vorliegen der Unterbringungsvoraussetzungen und Willenserklärung zur Beschränkung der persönlichen Freiheit) = **auf Verlangen (§ 4)**

- freiwillige Aufnahme, ohne dass die betroffene Person in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt wird = **informell (ohne UbG)**

- Darüber hinaus können die die Aufnahmeuntersuchung durchführenden ÄrztInnen nach einer Zuweisung gem. § 8 bzw. § 9 Abs. 2 entscheiden, dass die Unterbringungsvoraussetzungen nicht vorliegen und die betroffene Person daher nicht untergebracht wird. Wünscht der/die Betroffene keine informelle Aufnahme in die Krankenanstalt wird er/sie **nicht aufgenommen.**

→ Bitte tragen Sie die Zahl der den jeweiligen Rechtsstatus innehabenden Personen – <u>in Abhängigkeit von der Zuweisungsart</u> – in Spalte 2 ein.

→ Die Gesamtzahl der Aufnahmen ergibt sich aus den in den Zeilen (A), (B) und (C) angeführten Aufnahmen ohne Verlangen, auf Verlangen (§ 4), und den informellen Aufnahmen (ohne UbG). Zuweisungen, bei denen keine Aufnahme erfolgt, bleiben bei der Gesamtzahl unberücksichtigt.

EINE VOLLSTÄNDIGE STATISTISCHE DARSTELLUNG DER ZUWEISUNGS- UND AUFNAHMEVORGÄNGE IST NUR MÖGLICH, WENN <u>ALLE</u> TEILE DES FORMBLATTES AUSGEFÜLLT WERDEN!

Tabelle 1: Gesamtzahl der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach UbG 1996-2002

Jahr	Gemeldete Anhaltungen bzw. Unterbringungen ohne Verlangen
1996	11.268
1997	12.300
1998	13.084
1999	14.123
2000	14.694
2001	15.257
2002	16.253

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 2a: *Anzahl der gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen 1996 –2002 nach Gerichtsstandorten*

Gericht (Psych. Anstalt)	Gemeldete Unterbringungen						
	1996	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	130	140	182	187	202	236	244
W-Hietzing (PKH OWS)[1]	898	177	0	0	0	0	0
W-Fünfhaus (PKH OWS)		688	927	1.062	1.265	1.385	1.695
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)	39	106	152	231	247	269	316
W-Josefstadt (PUK Wien)	97	103	86	117	122	113	103
Ybbs (PKH Ybbs)	6	8	13	10	20	13	9
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	1.421	1.570	1.463	1.462	1.469	1.471	1.497
Amstetten (PKH Mauer)	640	749	894	947	849	872	929
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)					37	52	49
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)					2	15	20
Linz (WJKH Linz)	1.815	1.845	1.962	2.040	2.073	2.148	2.304
Wels (PA-AKH Wels)[2]		121	213	189	225	309	364
Gmunden (KH Gmundnerberg)						0	7
Salzburg (PKH Salzburg)	1.145	1.186	1.051	1.134	1.125	1.152	1.258
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	2.728	2.934	3.246	3.377	3.519	3.498	3.610
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)					10	2	5
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)[3]	705	845	831	939	928	1.002	1.169
Hall i. T. (PKH Hall)	671	795	805	923	881	939	852
Innsbruck (PUK Innsbruck)	361	361	541	724	840	853	836
Kufstein (PA-AKH Kufstein)[4]				22	85	117	107
Feldkirch (PKH Rankweil)	612	672	718	758	795	811	879
Summe	**11.268**	**12.300**	**13.084**	**14.122**	**14.694**	**15.257**	**16.253**

Legende:

KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital
LPH	Landespflegeheim
LSF	Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz
OWS	Otto Wagner Spital Wien
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
W-	Wien
WJKH	Wagner Jauregg Krankenhaus Linz

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[1] Die Zuständigkeit für das PKH Wien wurde im Jahr 1997 vom BG Hietzing auf das BG Fünfhaus übertragen.
[2] Betrieb 4/1997 aufgenommen.
[3] Die psychiatrische Abteilung des Landeskrankenhauses Klagenfurt wird aufgrund ihrer identischen Funktion (Versorgung eines ganzen Bundeslandes) statistisch wie ein psychiatrisches Krankenhaus (PKH) behandelt.
[4] Abteilungsbetrieb 9/1999 aufgenommen.

Tabelle 2b: Zahl der bei Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen nach Krankenanstaltentyp, 1996 - 2002

Typ der KA[5]	Gemeldete Unterbringungen 1996 - 2002						
	1996	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
PKH	10.635	11.461	11.897	12.642	12.904	11.471	12.347
PUK[6]	458	464	627	841	962	1.317	1.301
PA-AKH	169	367	547	629	798	2.469	2.604
KJP	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	19	11
Insgesamt[7]	11.268	12.300	13.084	14.122	14.694	15.276	1.6263

Legende:

KA	Krankenanstalt
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalt
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung
k.A.	keine Angabe, da für die Jahre 1996 bis 2000 keine Differenzierung vorgenommen wurde; ab dem Jahr 2001 werden die Unterbringungsraten gesondert ausgewiesen bzw. erhoben

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[5] Zur Zuordnung der einbezogenen Einrichtungen auf einzelne Krankenanstaltentypen vgl. Tabelle 2.1

[6] Bei der Anzahl der gemeldeten Unterbringungen beim KA-Typ „PUK“ ist Graz in den Jahren 1996 bis 2000 nicht berücksichtigt, da die Meldungen der Unterbringungen der PUK Graz und des PKH Graz an das gleiche Gericht erfolgen und nicht trennbar sind. Entsprechend ist der Wert bei den „PKH“ im selben Zeitraum leicht überhöht. In den Jahren 2001 und 2002 wurde jedoch für die Auswertung der Gerichtsdaten ein Aufteilungsschlüssel entsprechend dem Verhältnis in der Erhebung der Unterbringungshäufigkeiten in den Krankenanstalten verwendet (90 % PKH, 10% PUK).

[7] inkl. PKH Ybbs, LPH Schwanberg

Tabelle 2c Bevölkerungsbezogene Raten der bei den Gerichten gemeldeten Unterbringungen ohne Verlangen pro 100.000 Einwohner nach Bundesland, 1996-2002

Bundesland	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
Kärnten	129	154	152	171	169	179	209
Niederösterreich	125	141	143	146	143	155	161
Oberösterreich	136	147	163	167	172	178	194
Salzburg	237	246	218	235	233	222	243
Steiermark	212	228	253	263	275	296	305
Tirol					286	281	264
Vorarlberg	185	203	217	229	240	229	249
Wien	76	79	88	104	121	130	153
Österreich	145	158	168	181	188	189	202

Quelle: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen; Berechnung der bevölkerungsbezogenen Raten auf Basis der Wohnbevölkerung laut Volkszählung 1991 (1991-2000) bzw. 2001 (2000-2002).

Tabelle 3a: Verteilung der Aufnahmearten in den Jahren 1996 - 2002

Jahr	Psychiatrische Aufnahmen				
	Gesamt	Ainf	AoV	AmV	Gem. UoV
1996[8]	47.850	38.499	8.307	1.044	11.268
%		80%	17%	2%	24%
1997	58.410	48.088	9.349	992	12.300
%		82%	16%	2%	21%
1998[9]	61.239	49.770	9.662	780	1.3084
%		83%	16%	1%	21%
1999[10]	67.971	54.627	11.428	956	14.122
%		82%	17%	1%	21%
2000[11]	70.947	55.243	11.671	955	14.694
%		81%	17%	1%	21%
2001[12]	63.217	44.433	11.875	1.032	15.257
%		70%	19%	2%	24%
2002[13]	75.436	35.729	13.061	1.174	16.253
%		47%	17%	2%	22%

Legende:

Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG
AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG)
AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG)
Gesamt	Summe der psychiatrischen Aufnahmen laut Angaben der Krankenanstalten (Ainf + AoV + AmV)
Gem. UoV	bei Gerichten gemeldete Unterbringungen ohne Verlangen absolut und in Relation zu psychiatrischen Aufnahmen insgesamt

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Bundesrechenzentrum; Forster/Kinzl 2002,ÖBIG-eigene Berechnungen

---

8 Für das Jahr 1996 liegen vom PKH Wien keine Daten vor. Es wurde daher für die Erstellung dieser Zeitreihe eine Schätzung (Durchschnitt der Jahre 1994 und 1997) vorgenommen.

9 Für das Jahr 1998 liegen vom PKH Wien für 1207 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Anzahl an der Gesamtaufnahmen berechnet.

10 Für das Jahr 1999 liegen vom PKH Wien für 1812 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Anzhl an der Gesamtaufnahmen berechnet.

11 Für das Jahr 2000 liegen vom PKH Wien für 3.078 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Anzahl an der Gesamtaufnahmen berechnet.

12 Fehlende bzw. unvollständige Angaben liegen bei folgenden Krankenanstalten vor PKH Wien/OWS, SMZ Ost, BKH Kufstein, KH Hollabrunn, LKH Rankweil, Abteilung KJP der PUK Wien, KJP Klagenfurt.

13 Fehlende bzw. unvollständige Angaben liegen bei folgenden Krankenanstalten vor PKH Wien/OWS, PKH Klagenfurt, PUK Innsbruck, LKH Rankweil, KH Gmundnerberg, Abteilung KJP der PUK Wien, KJP Klagenfurt.

Tabelle 3b: Art der Aufnahme nach Typus der Krankenanstalt in den Jahren 1996 - 2002

Typ der KA[14]	Jahr	Psychiatrische Aufnahmen				
		Gesamt	Ainf	AoV	AmV	Gem. UoV
PKH	1996[15]	28.881	20.819	7.330	732	10.641
	%		72%	25%	3%	
	1997	51.965	42.576	8.750	658	11.590
	%		82%	17%	1%	
	1998[16]	52.975	42.716	8.633	599	12.123
	%		82%	17%	1%	
	1999[17]	56.053	44.061	10.258	774	12.841
	%		80%	19%	1%	
	2000[18]	55.438	44.280	10.355	803	12.904
	%		80%	19%	1%	
	2001	49.580	35.136	8.863	743	11.504
	%		71%	18%	1%	
	2002	63.058	27.288	9.860	906	12.383
	%		43%	16%	1%	
PUK	1996	4.206	3.442	452	312	458[19]
	%		82%	11%	7%	
	1997[20]	3.484	2.777	373	334	464
	%		80%	11%	10%	
	1998	4.424	3.574	669	181	627
	%		81%	15%	4%	
	1999	6.483	5.449	857	177	841
	%		84%	13%	3%	
	2000	5.308	4.262	905	141	962
	%		80%	17%	3%	
	2001	5.386	4.291	982	113	1.269
	%		80%	18%	2%	
	2002[21]	2.873	1.738	981	154	1.252
	%		60%	35%	5%	

14 Zur Zuordnung der einbezogenen Einrichtungen auf einzelne Krankenanstaltentypen vgl. Tabelle 2.1

15 Für das Jahr 1996 liegen vom PKH Wien keine Daten vor.

16 Für das Jahr 1998 liegen vom PKH Wien für 1.207 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Zahl der Gesamtaufnahmen berechnet. Dies gilt auch für die Prozentanteile aller psychiatrischen Abteilungen.

17 Für das Jahr 1999 liegen vom PKH Wien für 1812 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Zahl der Gesamtaufnahmen berechnet. Dies gilt auch für die Prozentanteile aller psychiatrischen Abteilungen.

18 Für das Jahr 2000 liegen vom PKH Wien für 3078 Aufnahmen keine Daten über die Art der Aufnahme vor. Die Prozentanteile der verschiedenen Aufnahmearten wurden daher auf Basis der um diese Aufnahmen verringerten Zahl der Gesamtaufnahmen berechnet. Dies gilt auch für die Prozentanteile aller psychiatrischen Abteilungen.

19 Die PUK Graz ist in den Jahren 1996 bis 2000 nicht berücksichtigt, da die Meldungen der Unterbringungen der PUK Graz und des PKH Graz an das gleiche Gericht erfolgen und nicht trennbar sind. Entsprechend ist der Wert bei den „PKH“ im selben Zeitraum leicht überhöht. In den Jahren 2001 und 2002 wurde jedoch für die Auswertung der Gerichtsdaten ein Aufteilungsschlüssel entsprechend dem Verhältnis der BMGF-Erhebung in den Krankenanstalten verwendet.

20 Für das Jahr 1997 liegen von der PUK Wien keine Daten vor.

21 Unvollständige Angaben der PUK Innsbruck

Fortsetzung Tabelle 3b

Typ der KA[22]	Jahr	Psychiatrische Aufnahmen				
		Gesamt	Ainf	AoV	AmV	Gem. UoV
PA-AKH	1996	820	775	45	0	169
	%		95%	5%	0%	
	1997	1.622	1.396	226	0	246
	%		86%	14%	0%	
	1998	1.875	1.515	360	0	334
	%		81%	15%	4%	
	1999	2.119	1.809	307	3	440
	%		85%	14%	0%	
	2000	3.346	2938	399	9	798
	%		88%	12%	0%	
	2001	6.587	4.033	1998	176	2.469
	%		61%	30%	3%	
	2002	8.526	5.659	2.199	114	2.604
	%		66%	26%	1%	
KJP[23]	2001	676	0	32	0	0
	%		0%	5%	0%	
	2002	817	0	21	0	0
	%		0%	3%	0%	
alle PA[24]	1996	35.086	26.215	7.827	1.044	11.268
	%		75%	22%	3%	
	1997	58.410	48.088	9.349	992	12.300
	%		82%	16%	2%	
	1998	61.239	49.770	9.662	780	13.084
	%		83%	16%	1%	
	1999	67.971	54.627	11.428	956	14.122
	%		82%	17%	1%	
	2000	70.947	55.243	11.671	955	14.694
	%		81%	17%	1%	
	2001	63.217	44.433	11.875	1.032	15.257
	%		70%	19%	2%	
	2002	75.436	35.729	13.061	1.174	16.253
	%		47%	17%	2%	

Legende:

KA	Krankenanstalt
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalt
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung
Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG
AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG)
AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG)
Gesamt	Summe der psychiatrischen Aufnahmen laut Angaben der Krankenanstalten (Ainf + AoV + AmV)
gem. UoV	bei Gerichten gemeldete Unterbringungen ohne Verlangen absolut

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen; Bundesrechenzentrum

[22] Zur Zuordnung der einbezogenen Einrichtungen auf einzelne Krankenanstaltentypen vgl. Tabelle 2.1

[23] Bis zum Jahr 2000 keine Angaben, da für die Jahre 1996 bis 2000 keine Differenzierung vorgenommen wurde; ab dem Jahr 2001 werden die Unterbringungsraten für KJP gesondert ausgewiesen bzw. erhoben

[24] inklusive PKH Ybbs und LPH Schwanberg

Tabelle 3c: Art der Aufnahme in psychiatrischen Abteilungen im Jahr 2001

KH-Name	Gesamt	% Ainf	% AoV	% AmV	Gem. UoV
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	13.905	71	6	0	1.385
KFJ	817	70	30	0	236
SMZ Ost	k.A				269
PUK Wien/AKH	1.184	91	9	0	113
Donauklinikum Tulln/Gugging	2.530	41	54	5	1.471
PKH Mauer	2.543	70	24	7	872
PKH Ybbs	973	100	0	0	13
PKH Linz/Wagner-Jauregg	5.712	72	26	2	2.148
PKH Graz/LSF	11.757	79	21	0	3.195
PKH Graz	848	85	12	4	303
PKH Klagenfurt	5.196	85	13	1	1.002
PKH Salzburg	3.963	64	29	7	1.152
PKH Hall	4.106	75	23	2	939
PUK Innsbruck	3.354	75	23	2	853
LKH Rankweil/Valduna	2.398	0	34	0	811
BKH Kufstein	k.A.				117
KH Wels	1.380	83	17	0	309
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	k.A.				0
KH Hollabrunn	592	Fehlende Angaben			52
KH Neunkirchen	612	100	0	0	15
KH Waidhofen	656	100	0	0	
LPH Schwanberg	15	0	0	0	2
KJP Rosenhügel	539	0	0	0	
KJP Klagenfurt	137	Fehlende Angaben			
KJP PUK Wien	k.A.				

Legende:

KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung
% Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG in Prozent der Gesamtaufnahmen
% AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG) in Prozent der Gesamtaufnahmen
% AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG) in Prozent der Gesamtaufnahmen
gem. UoV	bei Gerichten gemeldete Unterbringungen ohne Verlangen absolut
Gesamt	Summe der psychiatrischen Aufnahmen laut Angaben der Krankenanstalten (Ainf + AoV + AmV)
k.A.	keine Angaben

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, Bundesrechenamt; ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 3d: Art der Aufnahme in psychiatrischen Abteilungen im Jahr 2002

KH-Name	Gesamt	% Ainf	% AoV	% AmV	Gem. UoV
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	24.802	Fehlende Angaben			1.695
KFJ	871	73	27	0	244
SMZ Ost	905	81	19	0	316
PUK Wien/AKH	1.143	93	7	0	103
Donauklinikum Tulln/Gugging	2.540	41	55	4	1.497
PKH Mauer	2.578	65	28	7	929
PKH Ybbs	1.044	100	0	0	9
PKH Linz/Wagner-Jauregg	5.797	71	27	2	2.304
PKH Graz/LSF	12.151	78	22	0	3.297
PUK Graz	824	83	13	4	313
PKH Klagenfurt	7.103	Fehlende Angaben			1.169
PKH Salzburg	4.170	64	31	6	1.258
PKH Hall	4.142	74	23	3	852
PUK Innsbruck	k.A.				836
LKH Rankweil/Valduna	2.315	Fehlende Angaben			879
BKH Kufstein	731	82	17	1	107
KH Wels	1.561	84	15	1	364
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	k.A.				7
KH Hollabrunn	601	Fehlende Angaben			49
KH Neunkirchen	702	100	0	0	20
KH Waidhofen	615	100	0	0	
LPH Schwanberg	24	0	0	0	5
KJP Rosenhügel	648	0	0	0	
KJP Klagenfurt	169	Fehlende Angaben			
KJP PUK Wien	k.A.				

Legende:

KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung
% Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG in Prozent der Gesamtaufnahmen
% AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG) in Prozent der Gesamtaufnahmen
% AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG) in Prozent der Gesamtaufnahmen
Gesamt	Summe der psychiatrischen Aufnahmen laut Angaben der Krankenanstalten (Ainf + AoV + AmV)
gem. UoV	bei Gerichten gemeldete Unterbringungen ohne Verlangen absolut
k.A.	keine Angaben

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5, Forster/Kinzl 2002, Bundesrechenamt, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 4a: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten 1996-2002

Art der Aufnahme	Jahr	Art der Zuweisung[25]			Gesamt
		Standard	Notfall	Sonstige	
Aufnahme ohne Verlangen[26]	1996	3.024	316	4.385	7.725
	%	39%	4%	57%	
	1997	3.200	336	5.386	8.922
	%	36%	4%	60%	
	1998	2.936	366	5.402	8.704
	%	34%	4%	62%	
	1999	3.923	592	6.752	11.267
	%	35%	5%	60%	
	2000	3.810	409	6.454	10.673
	%	36%	4%	60%	
	2001	4.326	550	6.635	11.511
	%	38%	4%	58%	
	2002	4.562	654	7.475	12.691
	%	36%	5%	59%	

Art der Aufnahme	Jahr	Art der Zuweisung			Gesamt
		Standard	Notfall	Sonstige	
Aufnahme mit Verlangen[27]	1996	83	19	593	732
	%	11%	3%	81%	
	1997	71	23	595	658
	%	11%	3%	90%	
	1998	72	17	541	630
	%	11%	3%	86%	
	1999	121	14	710	845
	%	14%	2%	84%	
	2000	146	13	728	887
	%	16%	1%	82%	
	2001	201	29	794	1024
	%	20%	2%	78%	
	2002	218	52	904	1174
	%	19%	4%	77%	

[25] Es wurden nur jene Krankenanstalten berücksichtigt, von denen Daten über die Zuweisungs- und Aufnahmeform vorlagen. Abteilungen ohne „Unterbringungsbetrieb“ wurden nicht einbezogen. Darüber hinaus ist die Datengrundlage in den einzelnen Jahren aufgrund teilweise fehlender Angaben der Krankenanstalten uneinheitlich:
1996 fehlen zumindest tw. Daten von: PKH Wien, PUK Wien, SMZ Ost, Psych. Kl. Wels, PA Klagenfurt, PKH Rankweil
1997 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil
1998 von: Kaiser Franz-Joseph-Spital Wien, PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PUK Innsbruck, PKH Rankweil
1999 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil, BezKH Kufstein
2000 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil, BezKH Kufstein, BezKH Hollabrunn, KJPKlagenfurt

[26] Aufgrund teilweiser fehlender Angaben der Krankenanstalten wurden in den Jahren 2001 und 2002 in der Spalte „Gesamt“ nur jene Krankenanstalten einbezogen, von denen vollständige Rückmeldungen hisichtlich der Zuweisungsart vorliegen.
Im Jahr 2001 fehlen differenzierte Angaben von: SMZ Ost, KJF, KH Gmundnerberg, KJP Klagenfurt (die Gesamtsumme inkl. dieser KH beträgt 11.763);
Im Jahr 2002 fehlen differenzierte Angaben von: KH Kufstein, KH Gmundnerberg, KJP Klagenfurt (die Gesamtsumme inkl. dieser KH beträgt 13.051)

[27] Im Jahr 2001 fehlen Angaben von: SMZ Ost, KJF, PKH Ybbs, KH Gmundnerberg, KJP Klagenfurt, KJP der PUK Wien; Im Jahr 2002 fehlen Angaben von: KJF, PKH Ybbs, PKH Klagenfurt, PUK Innsbruck, LKH Rankweil, BKH Kufstein, KH Gmundnerberg, KJP Klagenfurt, KJP der PUK Wien.

Fortsetzung Tabelle 4a

Art der Aufnahme	Jahr	Art der Zuweisung			Gesamt
		Standard	Notfall	Sonstige	
Informelle Aufnahme[28]	1996	332	47	21.390	21.769
	%	2%	0%	98%	
	1997	540	239	43.671	36.175
	%	1%	1%	98%	
	1998	447	215	39.956	40.618
	%	1%	1%	98%	
	1999	403	164	43.605	44.177
	%	1%	0%	99%	
	2000	416	181	43.967	44.564
	%	1%	0%	99%	
	2001	371	81	36.612	3.7064
	%	1%	0%	99%	
	2002	375	482	31.835	32.692
	%	1%	2%	97%	

Legende:
Standard Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung;
Notfall Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung;
Sonstige Zuweisung auf sonstige Weise;
Gesamt Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen

[28] Aufgrund teilweiser fehlender Angaben der Krankenanstalten wurden in den Jahren 2001 und 2002 in der Spalte „Gesamt“ nur jene Krankenanstalten einbezogen, von denen vollständige Rückmeldungen hisichtlich der Zuweisungsart vorliegen. Die im Vergleich zu den Vorjahren niedrigeren Gesamtsummen in den Jahren 2001 und 2002 sind daher nicht bzw. nur eingeschränkt als Rückgang der informellen Aufnahmen zu interpretieren.

Tabelle 4b: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Typus der Krankenanstalt 1996-2002

		Art der Zuweisung			
PKH[29]	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Aufnahme ohne Verlangen	1996	2.970	291	4.069	7.330
	%	41%	4%	56%	
	1997	3.082	316	4.925	8.323
	%	37%	4%	59%	
	1998	2.753	341	4.824	7.918
	%	35%	4%	61%	
	1999	3.634	551	6.049	10.235
	%	36%	5%	59%	
	2000	3.424	364	5.646	9.434
	%	36%	4%	60%	
	2001	3.519	392	4.853	8.764
	%	40%	5%	55%	
	2002	3.816	510	5.534	9.860
	%	39%	5%	56%	

		Art der Zuweisung			
PKH	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**sonstige**	**Gesamt**
Aufnahme mit Verlangen	1996	76	17	487	580
	%	13%	3%	84%	
	1997	68	19	448	535
	%	13%	4%	84%	
	1998	63	15	407	485
	%	13%	3%	84%	
	1999	113	13	555	681
	%	17%	2%	81%	
	2000	141	13	588	742
	%	19%	2%	79%	
	2001	157	7	572	736
	%	21%	1%	78%	
	2002	204	43	659	906
	%	23%	4%	73%	

[29] Bei den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern fehlen 1996 die Daten vom PKH Wien, PKH Klagenfurt, PKH Rankweil und in den Jahren 1997-2000 die Daten vom PKH Klagenfurt und teilweise vom PKH Rankweil.

Fortsetzung Tabelle 4b

		Art der Zuweisung			
PKH	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Informelle Aufnahme	1996	307	39	17.434	17.780
	%	2%	0%	98%	
	1997	490	231	37.764	38.485
	%	1%	1%	98%	
	1998	422	212	36.547	37.181
	%	1%	1%	98%	
	1999	317	162	37.110	37.589
	%	1%	0%	99%	
	2000	315	164	38.102	38.581
	%	1%	0%	99%	
	2001	293	72	30.334	30.699
	%	1%	0%	99%	
	2002	280	467	26.397	27.144
	%	1%	2%	97%	

		Art der Zuweisung			
PUK[30]	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Aufnahme ohne Verlangen	1996	32	14	304	350
	%	9%	4%	87%	
	1997	38	7	328	373
	%	10%	2%	88%	
	1998	111	21	473	605
	%	18%	3%	78%	
	1999	161	19	569	749
	%	21%	3%	76%	
	2000	212	21	672	905
	%	23%	2%	74%	
	2001	197	33	752	982
	%	20%	3%	77%	
	2002	814	11	188	1.013
	%	80%	1%	19%	

[30] Von der Psychiatrischen Universitätsklinik Wien liegen für die Jahre 1996-2000 nur teilweise Daten vor; für die Psychiatrische Universitätsklinik Innsbruck fehlen die Daten aus dem Jahr 1998.

Fortsetzung Tabelle 4b

		Art der Zuweisung			
PUK	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Aufnahmen mit Verlangen	1996	7	2	289	298
	%	2%	1%	97%	
	1997	3	4	327	334
	%	1%	1%	98%	
	1998	9	2	146	157
	%	6%	1%	93%	
	1999	8	1	168	177
	%	5%	1%	95%	
	2000	4	0	137	141
	%	3%	0%	97%	
	2001	5	0	107	112
	%	4%	0%	96%	
	2002	9	3	142	154
	%	6%	2%	92%	

		Art der Zuweisung			
PUK	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Informelle Aufnahmen	1996	7	1	2.333	2.341
	%	0%	0%	100%	
	1997	1	0	2.776	2.777
	%	0%	0%	100%	
	1998	0	0	754	754
	%	0%	0%	100%	
	1999	17	1	3.915	3.933
	%	0%	0%	100%	
	2000	3	0	2.960	2.963
	%	0%	0%	100%	
	2001	1	0	4.290	4.291
	%	0%	0%	100%	
	2002	0	0	1.738	1.738
	%	0%	0%	100%	

Fortsetzung Tabelle 4b

		Art der Zuweisung			
PA-AKH[31]	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Aufnahme ohne Verlangen	2000	173	23	126	322
	%	54%	7%	39%	
	2001	610	112	1.030	1.752
	%	35%	6%	59%	
	2002	567	109	1.164	1.840
	%	31%	6%	63%	

		Art der Zuweisung			
PA-AKH	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Aufnahmen mit Verlangen	2000	1	0	1	2
	%	50%		50%	
	2001	39	22	115	176
	%	22%	13%	65%	
	2002	5	6	30	41
	%	12%	15%	73%	

		Art der Zuweisung			
PA-AKH	**Jahr**	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
Informelle Aufnahmen	2000	96	16	1.671	1.783
	%	5%	1%	94%	
	2001	77	9	3.322	3.408
	%	3%	0%	97%	
	2002	95	15	4.356	4.466
	%	2%	0%	98%	

Legende:

Standard	Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung
Notfall	Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung
sonstige	Zuweisung auf sonstige Weise
Gesamt	Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen
PKH	Psychiatrische Landeskrankenhäuser
PUK	Psychiatrische Universitätskliniken
PA-AKH	Psychiatrische Abteilungen an Allgemeinspitälern

Quelle: Jährliche Erhebungen des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5, Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen

[31] Für die Jahre 1996-1999 unterbleibt die Darstellung der Verteilung für Psychiatrische Abteilungen an Allgemeinspitälern, da vom SMZ Ost und BezKH Kufstein keine ausreichenden Daten vorliegen. Für das Jahr 2000 fehlen die Daten vom SMZ Ost und BezKH Kufstein, die Daten vom BezKH Hollabrunn sind nur teilweise vorhanden. Im Jahr 2001 fehlen die Angaben von KFJ, KH Gmundnerberg, SMZ Ost. Im Jahr 2002 fehlen die Angaben von KFJ und KH Gmundnerberg.

Tabelle 4c: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Krankenanstalten im Jaht 2001

Aufnahme **ohne** Verlangen				
Krankenanstalt	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	3%	7%	90%	774
KFJ	k.A.	k.A.	k.A.	246
SMZ Ost	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
PUK Wien/AKH	3%	0%	97%	112
Donauklinikum Tulln/Gugging	25%	7%	68%	1372
PKH Mauer	49%	21%	30%	598
PKH Ybbs	Keine Aufnahme nach UbG			
PKH Linz/Wagner-Jauregg	43%	0%	57%	1.460
PKH Graz/LSF	38%	0%	62%	2415
PUK Graz	6%	0%	94%	99
PKH Klagenfurt	24%	12%	64%	601
PKH Salzburg	31%	9%	60%	1.161
PKH Hall	37%	3%	60%	935
PUK Innsbruck	24%	4%	72%	771
LKH Rankweil/Valduna	99%	1%	0%	820
BKH Kufstein	91%	9%	0%	110
KH Wels	70%	1%	30%	230
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KH Hollabrunn	20%	20%	60%	40
KH Neunkirchen	Keine Aufnahme nach UbG			
KH Waidhofen	Keine Aufnahme nach UbG			
LPH Schwanberg	Keine Aufnahme nach UbG			
KJP Rosenhügel	Keine Aufnahme nach UbG			
KJP Klagenfurt	k.A.	k.A.	k.A.	19
KJP PUK Wien	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Aufnahme **mit** Verlangen				
Krankenanstalt	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	0%	0%	0%	0
KFJ	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
SMZ Ost	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
PUK Wien/AKH	0%	0%	0%	0
Donauklinikum Tulln/Gugging	9%	2%	91%	121
PKH Mauer	69%	1%	30%	170
PKH Ybbs	Keine Aufnahme nach UbG			
PKH Linz/Wagner-Jauregg	6%	0%	94%	139
PKH Graz/LSF	0%	0%	100%	27
PUK Graz	0%	0%	100%	30
PKH Klagenfurt	13%	5%	82%	61
PKH Salzburg	7%	1%	92%	252
PKH Hall	5%	1%	94%	87
PUK Innsbruck	6%	0%	94%	82
LKH Rankwell/Valduna	0%	0%	0%	0
BKH Kufstein	61%	39%	0%	49
KH Wels	0%	0%	100%	6
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KH Hollabrunn	0%	0%	0%	0

Fortsetzung Tabelle 4c

Aufnahme **mit** Verlangen				
Krankenanstalt	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
KH Neunkirchen	Keine Aufnahme nach UbG			
KH Waidhofen	Keine Aufnahme nach UbG			
LPH Schwanberg	Keine Aufnahme nach UbG			
KJP Rosenhügel	Keine Aufnahme nach UbG			
KJP Klagenfurt	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KJP PUK Wien	kA.	k.A.	k.A.	kA.

Informelle Aufnahmen (ohne UbG)				
Krankenanstalt	**Standard**	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	0%	1%	99%	9.788
KFJ	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
SMZ Ost	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
PUK Wien/AKH	0%	0%	100%	1.072
Donauklinikum Tulln/Gugging	2%	0%	98%	1.014
PKH Mauer	0%	0%	100%	1.775
PKH Ybbs	0%	0%	100%	973
PKH Linz/Wagner-Jauregg	1%	0%	99%	4.113
PKH Graz/LSF	2%	0%	98%	9.315
PUK Graz	0%	0%	100%	719
PKH Klagenfurt	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
PKH Salzburg	1%	0%	99%	2.541
PKH Hall	2%	0%	98%	3.084
PUK Innsbruck	0%	0%	100%	2.500
LKH Rankwell/Valduna	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
BKH Kufstein	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KH Wels	5%	1%	94%	1.144
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KH Hollabrunn	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KH Neunkirchen	0%	0%	100%	612
KH Waidhofen	0%	0%	100%	615
LPH Schwanberg	Keine Aufnahme nach UbG			
KJP Rosenhügel	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KJP Klagenfurt	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
KJP PUK Wien	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Legende:

Standard	Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung;
Notfall	Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung;
Sonstige	Zuweisung auf sonstige Weise;
Gesamt	Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen
KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung
k.A.	keine Angaben

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 4d: Art der Zuweisung bei unterschiedlichen Aufnahmearten nach Krankenanstalten im Jahr 2002

Krankenanstalt	Aufnahme ohne Verlangen			
	Standard	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	1%	1%	98%	**1.125**
KFJ	Keine bzw. unvollständige Daten			**237**
SMZ Ost	51%	8%	41%	**170**
PUK Wien/AKH	1%	0%	99%	**83**
Donauklinikum Tulln/Gugging	24%	6%	71%	**1.400**
PKH Mauer	38%	27%	35%	**722**
PKH Ybbs	keine Aufnahmen nach UbG			
PKH Linz/Wagner-Jauregg	43%	8%	50%	**1.593**
KH Wels	61%	2%	36%	**236**
PKH Graz/LSF	37%	0%	62%	**2.615**
PUK Graz	4%	0%	96%	**110**
PKH Klagenfurt	26%	14%	60%	**692**
PKH Salzburg	38%	4%	58%	**1.281**
PKH Hall	35%	2%	63%	**942**
PUK Innsbruck	22%	3%	75%	**788**
LKH Rankwell/Valduna	99%	1%	0%	**890**
BKH Kufstein	keine bzw. unvollständige Daten			**122**
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	keine bzw. unvollständige Daten			
KH Hollabrunn	12%	29%	59%	**34**
KH Neunkirchen	keine Aufnahmen nach UbG			
KH Waidhofen	keine Aufnahmen nach UbG			
LPH Schwanberg	keine Aufnahmen nach UbG			
KJP Rosenhügel	keine Aufnahmen nach UbG			
KJP Klagenfurt	keine bzw. unvollständige Daten			**11**
KJP PUK Wien	keine bzw. unvollständige Daten			

Legende:

Standard	Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung;
Notfall	Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung;
Sonstige	Zuweisung auf sonstige Weise;
Gesamt	Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen
KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung

Fortsetzung Tabelle 4d

Krankenanstalt	Aufnahme mit Verlangen			
	Standard	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	0	0	0	**0**
KFJ	keine bzw. unvollständige Daten			
SMZ Ost	keine bzw. unvollständige Daten			**3**
PUK Wien/AKH	keine bzw. unvollständige Daten			**2**
Donauklinikum Tulln/Gugging	4%	7%	89%	**91**
PKH Mauer	44%	4%	52%	**189**
PKH Ybbs				
PKH Linz/Wagner-Jauregg	4%	16%	80%	**113**
KH Wels	0%	0%	100%	**11**
PKH Graz/LSF	3%	0%	97%	**36**
PUK Graz	0%	0%	100%	**34**
PKH Klagenfurt	40%	7%	53%	**208**
PKH Salzburg	13%	0%	87%	**232**
PKH Hall	2%	2%	96%	**128**
PUK Innsbruck	8%	3%	90%	**118**
LKH Rankwell/Valduna	0	0	0	**0**
BKH Kufstein	0%	0%	100%	**9**
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	keine Daten			
KH Hollabrunn	0	0	0	**0**
KH Neunkirchen	keine bzw. unvollständige Daten			
KH Waidhofen	keine bzw. unvollständige Daten			
LPH Schwanberg	keine bzw. unvollständige Daten			
KJP Rosenhügel	keine bzw. unvollständige Daten			
KJP.Klagenfurt	keine bzw. unvollständige Daten			
KJP PUK Wien	0	0	0	**0**

Legende:

Standard	Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung;
Notfall	Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung;
Sonstige	Zuweisung auf sonstige Weise;
Gesamt	Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen
KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung

Fortsetzung Tabelle 4d

Krankenanstalt	Informelle Aufnahmen (o.UbG)			
	Standard	**Notfall**	**Sonstige**	**Gesamt**
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	0%	0%	100%	**6.273**
KFJ	keine bzw. unvollständige Daten			**634**
SMZ Ost	6%	0%	94%	**732**
PUK Wien/AKH	0%	0%	100%	**1.058**
Donauklinikum Tulln/Gugging	1%	0%	99%	**1.049**
PKH Mauer	0%	0%	100%	**1.667**
PKH Ybbs	keine bzw. unvollständige Daten			**1.044**
PKH Linz/Wagner-Jauregg	2%	11%	87%	**4.091**
KH Wels	3%	0%	97%	**1.314**
PKH Graz/LSF	1%	0%	99%	**9.500**
PUK Graz	0%	0%	100%	**680**
PKH Klagenfurt	keine bzw. unvollständige Daten			**6.175**
PKH Salzburg	1%	0%	99%	**2.543**
PKH Hall	1%	0%	99%	**3.072**
PUK Innsbruck	keine bzw. unvollständige Daten			
LKH Rankwell/Valduna	keine bzw. unvollständige Daten			
BKH Kufstein	keine bzw. unvollständige Daten			
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	keine bzw. unvollständige Daten			
KH Hollabrunn	8%	0%	92%	**13**
KH Neunkirchen	2%	1%	97%	**702**
KH Waidhofen	0%	0%	100%	**656**
KJP Rosenhügel				
LPH Schwanberg	keine Aufnahmen ohne UbG			
KJP Klagenfurt	keine bzw. unvollständige Daten			
KJP PUK Wien	keine bzw. unvollständige Daten			

Legende:

Standard	Zuweisung aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung;
Notfall	Zuweisung durch die Sicherheitsbehörden ohne ärztliche Bescheinigung;
Sonstige	Zuweisung auf sonstige Weise;
Gesamt	Gesamtzahl, auf die sich die Prozentangaben beziehen
KH	Krankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
KJP	Kinder- und Jugend(neuro)psychiatrische Abteilung

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 5a: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten 1996-2002

Art der Zuweisung	Jahr	Aufnahmeentscheidung[32]				Gesamt
		AoV	AmV	Ainf	Keine A.	
Zuweisung mit ärztl. Bescheinigung	1996	2.596	83	332	107	3.118
	%	83%	3%	11%	3%	
	1997	2.799	71	540	185	3.595
	%	78%	2%	15%	5%	
	1998	2.646	63	447	73	3.229
	%	82%	2%	14%	2%	
	1999	3.351	121	403	283	4.158
	%	81%	3%	10%	7%	
	2000	3.589	146	414	102	4.251
	%	84%	3%	10%	2%	
	2001	3.386	171	431	114	4.102
	%	82%	5%	11%	2%	
	2002	3.581	217	325	111	4.234
	%	85%	5%	8%	2%	

Art der Zuweisung	Jahr	Aufnahmeentscheidung				Gesamt
		AoV	AmV	Ainf	Keine A.	
Zuweisung durch Sicherheitsbehörden	1996	273	19	47	19	358
	%	76%	5%	13%	5%	
	1997	298	23	239	20	580
	%	51%	4%	41%	3%	
	1998	332	15	215	8	570
	%	58%	3%	38%	1%	
	1999	466	14	169	51	700
	%	67%	2%	24%	7%	
	2000	384	13	180	3	580
	%	66%	2%	31%	1%	
	2001	451	11	34	14	510
	%	88%	2%	7%	3%	
	2002	603	52	481	1	1.137
	%	53%	5%	42%	0%	

[32] Es wurden nur jene Krankenanstalten berücksichtigt, von denen Daten über die Zuweisungs- und Aufnahmeform vorlagen. Abteilungen ohne „Unterbringungsbetrieb“ wurden nicht einbezogen. Darüber hinaus ist die Datengrundlage in den einzelnen Jahren aufgrund teilweise fehlender Angaben der Krankenanstalten uneinheitlich:
1996 fehlen zumindest teilweise die Daten von: PKH Wien, PUK Wien, SMZ Ost, Psych. Kl. Wels, PA Klagenfurt, PKH Rankweil
1997 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil
1998 von: Kaiser Franz-Joseph-Spital (KFJ), PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PUK Innsbruck, PKH Rankweil
1999 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil, BezKH Kufstein
2000 von: PUK Wien, SMZ Ost, PA Klagenfurt, PKH Rankweil, BezKH Kufstein, BezKH Hollabrunn
2001 und 2002 fehlen zumindest teilweise die Daten von: KFJ, SMZ Ost, KH Gmundnerberg

Fortsetzung Tabelle 5a

Art der Zuweisung	Jahr	Aufnahmeentscheidung				Gesamt
		AoV	AmV	Ainf	Keine A.	
Sonstige Art der Zuweisung	1996	4.153	776	21.390	0	26.319
	%	16%	3%	81%		
	1997	4.983	775	42.782	0	48.540
	%	10%	2%	88%		
	1998	4.676	419	39.085	0	44.180
	%	11%	1%	88%		
	1999	5.742	723	43.424	0	49.889
	%	12%	1%	87%		
	2000	5.802	728	44.618	0	51.148
	%	11%	1%	87%		
	2001	5.805	801	24.310	0	30.916
	%	19%	2%	79%		
	2002	5.689	787	22.720	0	29.196
	%	19%	3%	78%		

Legende:
Ainf Aufnahme außerhalb des UbG
AoV Aufnahme ohne Verlangen (UbG)
AmV Aufnahme mit Verlangen (UbG
Keine A. keine Aufnahme

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 5b: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten nach Typus der Krankenanstalt 1996 - 1002

		Aufnahmeentscheidung[37]				
PKH[33]	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung mit ärztl. Bescheinigung	1996	2.542	76	307	75	3.000
	%	85%	3%	10%	3%	
	1997	2.681	68	490	52	3.291
	%	81%	2%	15%	2%	
	1998	2.569	63	422	42	3.096
	%	83%	2%	14%	1%	
	1999	3.062	113	317	215	3.707
	%	83%	3%	9%	6%	
	2000	3.213	141	315	12	3.681
	%	87%	4%	9%	0%	
	2001	2.690	157	353	22	3.222
	%	83%	5%	11%	1%	
	2002	2.926	204	282	18	3.430
	%	85%	6%	8%	1%	

		Aufnahmeentscheidung				
PKH	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung durch Sicherheitsbehörden	1996	248	17	39	17	321
	%	77%	5%	12%	5%	
	1997	278	19	231	16	544
	%	51%	3%	42%	3%	
	1998	328	15	212	8	563
	%	58%	3%	38%	1%	
	1999	425	13	162	47	647
	%	66%	2%	25%	7%	
	2000	346	13	164	3	526
	%	66%	2%	31%	1%	
	2001	324	7	25	7	363
	%	89%	2%	7%	2%	
	2002	492	43	475	1	1.011
	%	49%	4%	47%	0%	

[33] Bei den psychiatrischen Landeskrankenhäusern fehlen 1996 die Daten vom PKH Wien, PKH Klagenfurt, PKH Rankweil und in den Jahren 1997-2000 die Daten vom PKH Klagenfurt und PKH Rankweil.

Fortsetzung Tabelle 5b

		Aufnahmeentscheidung				
PKH	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**keine A.**	**Gesamt**
Sonstige Art der Zuweisung	1996	3.837	487	17.434	0	21.758
	%	18%	2%	80%		
	1997	4.522	448	37.764	0	42.734
	%	11%	1%	88%		
	1998	4.469	407	36.547	0	41.423
	%	11%	1%	88%		
	1999	5.039	555	37.110	0	42.704
	%	12%	1%	87%		
	2000	5.051	588	38.284	0	43.923
	%	11%	1%	87%		
	2001	4.156	579	18.024	0	22.759
	%	18%	3%	79%		
	2002	4.427	659	17.622	0	22.708
	%	19%	3%	78%		

		Aufnahmeentscheidung				
PUK[34]	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung mit ärztl. Bescheinigung	1996	32	7	7	23	69
	%	46%	10%	10%	33%	
	1997	38	3	1	103	145
	%	26%	2%	1%	71%	
	1998	5	0	0	29	34
	%	15%			85%	
	1999	161	8	17	50	236
	%	68%	3%	7%	21%	
	2000	211	4	3	90	308
	%	69%	1%	1%	29%	
	2001	194	5	12	85	285
	%	64%	2%	4%	30%	
	2002	179	9	2	93	283
	%	63%	3%	1%	33%	

[34] Bei den psychiatrischen Universitätskliniken liegen von der PUK Wien 1996-2000 keine Daten vor; für das Jahr 1998 fehlen die Daten von der PUK Innsbruck.

Fortsetzung Tabelle 5b

		Aufnahmeentscheidung				
PUK	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung durch Sicherheitsbehörden	1996	14	2	1	2	19
	%	74%	11%	5%	11%	
	1997	7	4	0	3	14
	%	50%	29%		21%	
	1998	0	0	0	0	0
	%					
	1999	19	1	1	4	25
	%	76%	4%	4%	16%	
	2000	18	0	0	0	18
	%	100%				
	2001	33	1	0	1	35
	%	94%	3%	0%	3%	
	2002	25	3	0	0	28
	%	89%	11%	0%	0%	

		Aufnahmeentscheidung				
PUK	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Sonstige Art der Zuweisung	1996	304	289	2.333	0	2.926
	%	10%	10%	80%		
	1997	328	327	2.776	0	3.431
	%	10%	10%	81%		
	1998	102	12	754		868
	%	12%	1%	87%		
	1999	569	168	3.915	0	4.652
	%	12%	4%	84%		
	2000	647	137	2.960		3.744
	%	17%	4%	79%		
	2001	643	107	3.218	0	3.968
	%	16%	2%	81%		
	2002	188	36	1.738	0	1.962
	%	10%	2%	88%		

Fortsetzung Tabelle 5b

		Aufnahmeentscheidung				
PA-AKH[35]	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung mit ärztl. Bescheinigung	2000	165	1	96	0	262
	%	63%	0%	37%		
	2001	502	9	77	10	589
	%	85%	2%	13%	2%	
	2002	476	4	41	0	521
	%	91%	1%	8%	0%	

		Aufnahmeentscheidung				
PA-AKH	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Zuweisung durch Sicherheitsbehörden	2000	20	0	16	0	36
	%	56%		44%		
	2001	94	3	9	6	112
	%	84%	3%	8%	5%	
	2002	86	6	6	0	98
	%	88%	6%	6%	0%	

		Aufnahmeentscheidung				
PA-AKH	**Jahr**	**AoV**	**AmV**	**Ainf**	**Keine A.**	**Gesamt**
Sonstige Art der Zuweisung	2000	101	1	1.671	0	1.773
	%	6%	0%	94%		
	2001	1006	115	2.095	0	3.216
	%	31%	4%	65%		
	2002	1074	92	2.316	0	3.482
	%	31%	3%	67%		

Legende:

KA	Krankenanstalt
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalt
Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG
AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG)
AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG)
Keine A.	keine Aufnahme

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen;

[35] Bei den Psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinspitälern fehlen 2000 die Daten von: SMZ Ost, BezKH Kufstein, BezKH Hollabrunn. In den Jahren 2001 und 2002 fehlen zumindest teilweise die Daten von KJF, SMZ Ost und KH Gmundnerberg.

Tabelle 5c: Aufnahmeentscheidungen bei unterschiedlichen Zuweisungsarten nach Krankenanstalten 2001 und 2002

Krankenanstalt	Zuweisung mit ärztlicher Bescheinigung 2001				
	AoV	AmV	Ainf	Keine Aufn.	Gesamt
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	keine Daten vorhanden				
KFJ	keine Daten vorhanden				
SMZ Ost	keine Daten vorhanden				
PUK Wien/AKH	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	3
Donauklinikum Tulln/Gugging	90%	2%	5%	3%	381
PKH Mauer	70%	28%	1%	0	417
PKH Ybbs	keine Daten vorhanden				
PKH Linz	90%	1%	9%	0	696
KH Wels	74%	0%	26%	0	217
PKH Graz/LSF	86%	0	14%	0	1.063
PUK Graz	8%	0%	0%	92%	71
PKH Klagenfurt	62%	3%	35%	0%	237
PKH Salzburg	88%	5%	3%	5%	410
PKH Hall	87%	3%	10%		363
PUK Innsbruck	89%	2%	0%	8%	211
LKH Rankweil/Valduna	100%	0%	0%	0%	809
BKH Kufstein	67%	20%	0%	13%	150
KH Hollabrunn	100%	0%	0%	0%	8
KJP Klagenfurt	keine Daten vorhanden				
KJP PUK Wien	keine Daten vorhanden				

Krankenanstalt	Zuweisung durch Sicherheitsbehörden 2001				
	AoV	AmV	Ainf	Keine Aufn.	Gesamt
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	48%	0%	52%	0%	118
KFJ	keine Daten vorhanden				
SMZ Ost	keine Daten vorhanden				
PUK Wien/AKH	keine Daten vorhanden				
Donauklinikum Tulln/Gugging	88%	3%	3%	6%	104
PKH Mauer	95%	1%	1%	3%	131
PKH Ybbs	keine Daten vorhanden				
PKH Linz/Wagner-Jauregg	0%	0%	0%	0%	0
KH Wels	25%	0%	75%	0	8
PKH Graz/LSF	50%	0	50%	0	6
PUK Graz	0%	0%	0%	0%	0
PKH Klagenfurt	81%	3%	16%	0%	88
PKH Salzburg	92%	2%	4%	3%	108
PKH Hall	87%	3%	10%	0	30
PUK Innsbruck	94%	3%	0%	3%	35
LKH Rankweil/Valduna	100%	0%	0%	0%	11
BKH Kufstein	34%	66%	0%	0%	29
KH Hollabrunn	100%	0%	0%	0%	8
KH Neunkirchen	0%	0%	100%	0%	7
KHWaidhofen	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle 5c

Krankenanstalt	Zuweisung durch Sicherheitsbehörden				
	AoV	AmV	Ainf	Keine Aufn.	Gesamt
LPH Schwanberg	keine Daten vorhanden				
KJP Rosenhügel	0	0	0	0	0
KJP Klagenfurt	keine Daten vorhanden				
KJP PUK Wien	100%	0%	0%	0%	13

Krankenanstalt	Informelle Zuweisung 2001			
	AoV	AmV	Ainf	Gesamt
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	keine Daten vorhanden			
KFJ	keine Daten vorhanden			
SMZ Ost	keine Daten vorhanden			
PUK Wien/AKH	8%	0%	92%	1.293
Donauklinikum Tulln/Gugging	46%	5%	49%	2.061
PKH Mauer	9%	3%	88%	2.000
PKH Ybbs	0%	0%	100%	973
PKH Linz	17%	3%	81%	5.016
KH Wels	6%	1%	94%	1.155
PKH Graz/LSF	14%	0%	86%	10.688
PUK Graz	11%	4%	85%	842
PKH Klagenfurt	88%	11%	1%	436
PKH Salzburg	75%	25%	0%	942
PKH Hall	15%	2%	82%	3.677
PUK Innsbruck	18%	2%	80%	3.126
LKH Rankweil/Valduna	keine Daten vorhanden			
BKH Kufstein	keine Daten vorhanden			
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	keine Daten vorhanden			
KH Hollabrunn	65%	0%	35%	37
KH Neunkirchen	0%	0%	100%	598
KH Waidhofen	0%	0%	100%	656
LPH Schwanberg	keine Daten vorhanden			
KJP Rosenhügel	0%	0%	100%	539
KJP. Klagenfurt	keine Daten vorhanden			
KJP PUK Wien	keine Daten vorhanden			

Fortsetzung Tabelle 5c

Krankenanstalt	Zuweisung mit ärztlicher Bescheinigung 2002				
	AoV	AmV	Ainf	Keine Aufn.	Gesamt
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	keine Daten vorhanden				
KFJ	keine Daten vorhanden				
SMZ Ost	59%	1%	28%	13%	148
PUK Wien/AKH	100%	0%	0%	0%	1
Donauklinikum Tull/Gugging	97%	1%	2%	0%	343
PKH Mauer	75%	23%	0%	2%	363
PKH Ybbs	keine Daten vorhanden				
PKH Linz	88%	1%	12%	0	775
KH Wels	81%	0%	19%	0	178
PKH Graz/LSF	88%	0%	12%	0	1.119
PUK Graz	6%	0%	0%	94%	72
PKH Klagenfurt	66%	31%	3%	0%	270
PKH Salzburg	89%	5%	3%	2%	549
PKH Hall	92%	1%	7%	0	354
PUK Innsbruck	83%	4%	1%	12%	210
LKHRankwell/Valduna	100%	0%	0%	0%	878
BKH Kufstein	67%	20%	0%	13%	150
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)	100%	0%	0%	0%	8
KH Hollabrunn	keine Daten vorhanden				
KH Neunkirchen	0%	0%	100%	0%	12
KH Waidhofen	0%	0%	0%	0%	0
LPH Schwanberg	keine Daten vorhanden				
KJP Rosenhügel	0%	0%	0%	0%	0
KJP Klagenfurt.	keine Daten vorhanden				
KJP PUK Wien	keine Daten vorhanden				

Krankenanstalt	Zuweisung durch Sicherheitsbehörden 2002				
	AoV	AmV	Ainf	Keine Aufn.	Gesamt
PKH Wien/Otto-Wagner-Spital	keine Daten vorhanden				
KFJ	keine Daten vorhanden				
SMZ Ost	72%	0	17%	11%	18
PUK Wien/AKH	0%	0%	0%	0%	0
Donauklinikum Tulln/Gugging	91%	7%	2%	0%	89
PKH Mauer	96%	3%	1%	0%	205
PKH Ybbs	keine Daten vorhanden				
PKH Linz	21%	3%	76%	0%	588
KH Wels	56%	0	44%	0%	9
PKH Graz/LSF	79%	0	21%	0%	14
PUK Graz	0%	0%	0%	0%	0
PKH Klagenfurt	78%	11%	10%	0%	124
PKH Salzburg	96%	2%	0%	2%	48
PKH Hall	63%	9%	28%	0%	32
PUK Innsbruck	89%	11%	0%	0%	28
LKH Rankwell/ Valduna	100%	0	0%	0%	12
BKH Kufstein	keine Daten vorhanden				
KH Vöcklabruck (Gmundnerberg)					
KHHollabrunn	100%	0%	0%	0%	10

Fortsetzung Tabelle 5c

Krankenanstalt	Informelle Zuweisung 2002				
	AoV	AmV		Ainf	Gesamt
KH Neunkirchen		0%	0	0%	6%
KH Waidhofen	0%	0%	0%	0%	0
LPH Schwanberg	keine Daten vorhanden				
KJP Rosenhügel	0%	0%	0%	0%	0
KJP Klagenfurt	keine Daten vorhanden				
KJP PUK Wien	100%	0%	0%	0%	10

Krankenanstalt	Informelle Zuweisung 2002			
	AoV	AmV	Ainf	Gesamt
PKH Wien	Keine Daten vorhanden			
KFJ	Keine Daten vorhanden			
SMZ Ost	9%	0%	91%	760
PUK Wien	k.A.	k.A.	k.A.	1.142
PKH Gugging	47%	4%	49%	2.108
PKH Mauer	13%	5%	83%	2.016
PKH Ybbs	0%	0%	100%	1.044
PKH Linz	18%	2%	80%	4.434
Psy.Kl. Wels	6%	1%	93%	1.374
PKH Graz	15%	0%	85%	11.018
PUK Graz	13%	4%	83%	820
PA Klagenfurt	78%	21%	1%	534
PKH Salzburg	78%	21%	0%	950
PKH Hall	16%	3%	81%	3.756
PUK Innsbruck	keine Daten vorhanden			
PKH Rankweil	keine Daten vorhanden			
BezKH Kufstein	Keine Daten vorhanden			
Vöcklabruck/Gmundnerberg	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
BezKH Hollabrunn	63%	0%	38%	32
Neunkirchen	0%	0%	100%	684
Waidhofen	0%	0%	100%	615
Schwanberg	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Rosenhügel	0%	0%	100%	648
Jgdpsych. Klgft.	keine Daten vorhanden			
Jdgpsych. Wien	keine Daten vorhanden			

Legende:

Ainf	Aufnahme außerhalb des UbG
AoV	Aufnahme ohne Verlangen (UbG)
AmV	Aufnahme mit Verlangen (UbG)
k.A.	keine Angaben
keine Aufn.	keine Aufnahme
PKH	Psychiatrisches Landeskrankenhäuser
PUK	Psychiatrische Universitätskliniken
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenanstalt

Quelle: Jährliche Erhebung des BMGF/Sektion VIII, Abteilung D/5; Forster/Kinzl 2002, ÖBIG-eigene Berechnungen;

Tabelle 6a: Zahl der gerichtlichen Anhörungen in Unterbringungsverfahren 1996 bis 2002 nach Gerichten

	Anhörungen[36]						
Gericht (Psych. Anstalt)	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	97	81	112	128	97	136	117
W-Hietzing (PKH OWS)[37]	579	121					
W-Fünfhaus (PKH OWS)		373	565	665	764	906	1.067
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)[38]						0	0
W-Josefstadt (PUK Wien)[39]	85	79	66	86	103	115	87
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	913	953	967	975	962	936	874
Amstetten (PKH Mauer)	497	626	739	758	676	698	673
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)[40]					31	42	26
Neunkirchen (PA-KH Neunkirchen)[41]					1	11	20
Ybbs (PKH Ybbs)	5	6	7	5	11	10	6
Linz (WJKH Linz)	917	892	1.031	1.039	1.032	1.068	1.107
Wels (PA-AKH Wels)[42]			100	126	142	208	265
Salzburg (PKH Salzburg)	510	471	394	369	390	449	505
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	1.971	1.974	2.125	1.992	2.024	1.995	2.103
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)					5	1	3
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	430	602	620	724	674	762	861
Hall i. T. (PKH Hall)	521	583	589	655	613	681	635
Innsbruck (PUK Innsbruck)	153	169	227	290	352	359	360
Kufstein (PA-AKH Kufstein)[43]				8	26	35	39
Feldkirch (PKH Rankweil)	516	563	612	656	697	657	706
Summe	7.194	7.493	8.154	8.476	8.600	8.933	9.320

Legende:

KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital
LPH	Landespflegeheim
LSF	Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz
OWS	Otto Wagner Spital Wien
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
W-	Wien
WJKH	Wagner Jauregg Krankenhaus Linz

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[36] inklusive mehrerer Anhörungen im selben Verfahren.
[37] Die Zuständigkeit für das PKH Wien wurde im Jahr 1997 vom BG Hietzing auf das BG Fünfhaus übertragen.
[38] Abteilungsbetrieb 5/1996 aufgenommen. Vom BG Donaustadt liegen keine Daten über die Zahl der Anhörungen vor.
[39] Bis 1993 war für die PUK Wien das BG Innere Stadt zuständig.
[40] Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 2/2000
[41] tw. Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 5/2000
[42] Betrieb 4/1997 aufgenommen.
[43] Abteilungsbetrieb 9/1999 aufgenommen.

Tabelle 6b: Zahl der mündlichen Verhandlungen in Unterbringungsverfahren 2001 und 2002 nach Gerichten

	Mündliche Verhandlungen[44]						
Gericht (Psych. Anstalt)	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	52	22	46	42	42	49	30
W-Hietzing (PKH OWS)[45]	238	64					
W-Fünfhaus (PKH OWS)		141	198	274	356	413	448
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)[46]						0	0
W-Josefstadt (PUK Wien)[47]	52	40	37	52	62	72	46
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	339	369	430	406	375	386	275
Amstetten (PKH Mauer)	196	277	299	315	264	265	200
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)[48]					22	20	12
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)[49]					1	3	0
Ybbs (PKH Ybbs)	2	3	5	1	5	5	5
Linz (WJK Linz)	225	226	288	292	282	281	276
Wels (PA-AKH Wels)[50]			55	42	56	71	87
Salzburg (PKH Salzburg)	155	134	116	90	107	119	133
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	666	647	685	684	656	681	681
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)					7	8	11
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	283	225	240	236	227	260	323
Hall i. T. (PKH Hall)	151	147	206	178	177	215	209
Innsbruck (PUK Innsbruck)	36	47	49	67	101	120	142
Kufstein (PA-AKH Kufstein)[51]				2	1	2	0
Feldkirch (PKH Rankweil)	311	324	343	410	414	409	427
Summe	2.706	2.666	2.997	3.091	3.155	3.379	3.305

Legende:

KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital
LPH	Landespflegeheim
LSF	Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz
OWS	Otto Wagner Spital Wien
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
W-	Wien
WJKH	Wagner Jauregg Krankenhaus Linz

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[44] inklusive mehrerer Verhandlungen im selben Verfahren.
[45] Die Zuständigkeit für das PKH Wien wurde im Jahr 1997 vom BG Hietzing auf das BG Fünfhaus übertragen.
[46] Abteilungsbetrieb 5/1996 aufgenommen. Vom BG Donaustadt liegen keine Daten über die Zahl der mündlichen Verhandlungen vor.
[47] Bis 1993 war für die PUK Wien das BG Innere Stadt zuständig.
[48] Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 2/2000
[49] tw. Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 5/2000
[50] Betrieb 4/1997 aufgenommen.
[51] Abteilungsbetrieb 9/1999 aufgenommen.

Tabelle 7a: Ergebnisse der gerichtlichen Anhörungen (Anteil der erstinstanzlichen Unzulässigkeitsentscheidungen) 1996 – 2002 nach Gerichten

Gericht (Psych. Anstalt)	Anteil Unzulässigkeitsentscheidungen[52]						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	18%	14%	9%	10%	6%	7%	7%
W-Hietzing (PKH OWS)[53]	15%	16%					
W-Fünfhaus (PKH OWS)		10%	9%	8%	3%	4%	3%
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)[54]							0%
W-Josefstadt (PUK Wien)[55]	5%	4%	0%	1%	3%	5%	7%
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	8%	6%	8%	7%	9%	11%	12%
Amstetten (PKH Mauer)	17%	17%	20%	17%	12%	12%	12%
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)[56]					6%	7%	12%
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)[57]					0%	23%	0%
Ybbs (PKH Ybbs)	40%	17%	14%	0%	0%	0%	0%
Linz (WJKH Linz)	15%	16%	12%	13%	11%	15%	0%
Wels (PA-AKH Wels)[58]			5%	8%	4%	15%	13%
Salzburg (PKH Salzburg)	13%	14%	16%	14%	12%	17%	15%
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	29%	30%	31%	20%	19%	22%	21%
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)					40%	50%	33%
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	3%	11%	5%	4%	5%	4%	3%
Hall i. T. (PKH Hall)	8%	6%	6%	4%	3%	7%	8%
Innsbruck (PUK Innsbruck)	14%	15%	17%	6%	5%	11%	11%
Kufstein (PA-AKH Kufstein)[59]				25%	12%	0%	0%
Feldkirch (PKH Rankweil)	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
zusammen	16%	16%	15%	11%	10%	12%	11%%

Legende:

KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital
LPH	Landespflegeheim
LSF	Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz
OWS	Otto Wagner Spital Wien
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
W-	Wien
WJKH	Wagner Jauregg Krankenhaus Linz

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[52] Alle Werte beinhalten etwaige mehrfache Entscheidungen im selben Verfahren.
[53] Die Zuständigkeit für das PKH Wien wurde im Jahr 1997 vom BG Hietzing auf das BG Fünfhaus übertragen.
[54] Abteilungsbetrieb 5/1996 aufgenommen. Vom BG Donaustadt liegen keine Daten vor.
[55] Bis 1993 war für die PUK Wien das BG Innere Stadt zuständig.
[56] Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 2/2000
[57] tw. Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 5/2000
[58] Betrieb 4/1997 aufgenommen.
[59] Abteilungsbetrieb 9/1999 aufgenommen.

Tabelle 7b: Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen (Anteil der erstinstanzlichen Unzulässigkeitsentscheidungen) 1996 - 2002 nach Gerichten

	Anteil Unzulässigkeitsentscheidungen[60]						
Gericht (Psych. Anstalt)	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**
W-Favoriten PA-AKH (KFJ)	8%	9%	9%	10%	14%	14%	13%
W-Hietzing (PKH OWS)[61]	12%	19%					
W-Fünfhaus (PKH OWS)		12%	6%	8%	6%	6%	3%
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)[62]							
W-Josefstadt (PUK Wien)[63]	8%	3%	8%	10%	5%	5%	4%
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	8%	7%	12%	8%	7%	8%	8%
Amstetten (PKH Mauer)	16%	17%	16%	19%	22%	24%	18%
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)[64]					27%	81%	0%
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)[65]					0%	0%	
Ybbs (PKH Ybbs)	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Linz (WJKH Linz)	28%	23%	26%	21%	19%	20%	20%
Wels (PA-AKH Wels)[66]			18%	29%	27%	27%	30%
Salzburg (PKH Salzburg)	9%	9%	19%	9%	7%	7%	12%
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	31%	39%	36%	25%	19%	20%	18%
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)					29%	29%	18%
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	4%	4%	4%	1%	3%	2%	3%
Hall i. T. (PKH Hall)	6%	5%	4%	2%	2%	2%	7%
Innsbruck (PUK Innsbruck)	11%	2%	8%	4%	4%	4%	10%
Kufstein (PA-AKH Kufstein)[67]				50%	0%	0%	
Feldkirch (PKH Rankweil)	13%	9%	11%	7%	8%	8%	4%
zusammen	16%	18%	18%	13%	12%	14%	11%

Legende:

KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital
LPH	Landespflegeheim
LSF	Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz
OWS	Otto Wagner Spital Wien
PA-AKH	Psychiatrische Abteilung an Allgemeinkrankenhaus
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
W-	Wien
WJKH	Wagner Jauregg Krankenhaus Linz

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

[60] Alle Werte beinhalten etwaige mehrfache Entscheidungen im selben Verfahren.
[61] Die Zuständigkeit für das PKH Wien wurde im Jahr 1997 vom BG Hietzing auf das BG Fünfhaus übertragen.
[62] Abteilungsbetrieb 5/1996 aufgenommen. Vom BG Donaustadt liegen keine Daten vor.
[63] Bis 1993 war für die PUK Wien das BG Innere Stadt zuständig.
[64] Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 2/2000
[65] tw. Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 5/2000
[66] Betrieb 4/1997 aufgenommen
[67] Abteilungsbetrieb 9/1999 aufgenommen

Tabelle 8a: Ergebnisse von gerichtlichen Verfahren bei Beschränkungen und Behandlungen: Gesamtsumme 1996 - 2002

							Gesamt				
	Beschränkungen			Behandlungen			+		-		
Jahr	**+**	**-**	**Ges..**	**+**	**-**	**Ges,.**	**abs.**	**%**	**abs.**	**%**	**Ges..**
1996	8	9	17	68	15	83	76	76%	24	24%	100
1997	9	10	19	62	22	84	71	69%	32	31%	103
1998	3	11	14	53	17	70	56	67%	28	33%	84
1999	8	16	24	85	12	97	93	77%	28	23%	121
2000	8	20	28	65	11	76	73	70%	31	30%	104
2001	3	4	7	57	16	73	60		20		80
2002	4	9	13	84	20	104	88		29		117

Legende:

+	zulässig (Beschränkungen) bzw. genehmigt (Behandlungen)
-	unzulässig bzw. nicht genehmigt
%	Prozentwerte
abs.	Absolutwerte
Ges.	gesamt

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tabelle 8b: Ergebnisse von gerichtlichen Verfahren bei Beschränkungen und Behandlungen nach Gerichten 2001 und 2002

	2001								
	Beschr.			Behandl.			Beides		
Gericht (Psych. Anstalt)	+	-	Ges.	+	-	Ges.	+	-	Ges.
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
W-Hietzing (PKH OWS)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
W-Fünfhaus (PKH OWS)	0	0	0	4	0	4	4	0	4
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
W-Josefstadt (PUK Wien)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Amstetten (PKH Mauer)	1	1	2	1	0	1	2	1	3
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)[68]	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)[69]	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ybbs (PKH Ybbs)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Linz (WJKH Linz)	1	1	2	2	2	4	3	3	6
Wels (PA-AKH Wels)	0	0	0	1	0	1	1	0	1
Salzburg (PKH Salzburg)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	1	1	2	20	5	25	21	6	27
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	0	0	0	10	1	11	10	1	11
Hall i. T. (PKH Hall)	0	0	0	2	0	2	2	0	2
Innsbruck (PUK Innsbruck)	0	0	0	5	0	5	5	0	5
Kufstein (PA-AKH Kufstein)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Feldkirch (PKH Rankweil)	0	1	1	12	8	20	12	9	21
Summe	3	4	7	57	16	73	60	20	80

	2002								
	Beschr.			Behandl.			Beides		
Gericht (Psych. Anstalt)	+	-	Ges.	+	-	Ges.	+	-	Ges.
W-Favoriten (PA-AKH KFJ)	0	0	0	0	2	2	0	2	2
W-Hietzing (PKH OWS)	0	0	0	0	2	2	0	2	2
W-Fünfhaus (PKH OSWS	0	0	0	6	0	6	6	0	6
W-Donaustadt (PA-AKH SMZ Ost)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
W-Josefstadt (PUK Wien)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Klosterneuburg (Donauklinikum Tulln)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Amstetten (PKH Mauer)	2	0	2	1	0	1	3	0	3
Hollabrunn (PA-AKH Hollabrunn)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Neunkirchen (PA-AKH Neunkirchen)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ybbs (PKH Ybbs)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Linz (PKH Linz)	0	3	3	7	3	10	7	6	13
Wels (PA-AKH)	1	0	1	1	0	1	2	0	2
Salzburg (PKH Salzburg)	0	0	0	1	0	1	1	0	1
Graz (PKH LSF+PUK Graz)	1	1	2	27	5	32	28	6	34
Deutschlandsberg (LPH Schwanberg)	0	1	1	0	0	0	0	1	1

[68] Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 2/2000
[69] tw. Vollversorgungsauftrag („Unterbringungsbetrieb“) seit 5/2000

Fortsetzung Tabellle 8b

	2002								
	Beschr.			Behandl.			Beides		
Gericht (Psych. Anstalt)	**+**	**-**	**Ges.**	**+**	**-**	**Ges.**	**+**	**-**	**Ges..**
Klagenfurt (LKH Klagenfurt)	0	0	0	8	5	13	8	5	13
Hall i. T. (PKH Hall)	0	1	1	7	1	8	7	2	9
Innsbruck (PUK Innsbruck)	0	0	0	4	0	4	4	0	4
Kufstein (PA-AKH Kufstein)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Feldkirch (PKH Rankweil)	0	3	3	22	2	24	22	5	27
Summe	4	9	13	84	20	104	88	29	117

Legende:

Ges.	gesamt
KFJ	Psychiatrische Abteilung am Kaiser-Franz-Joseph-Spital Wien
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
SMZ Ost	Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Wien 22)
PUK	Psychiatrische Universitätsklinik
PA	Psychiatrische Abteilung
W-	Wien
+	zulässig
-	unzulässig bzw. nicht genehmigt

Quellen: Forster/Kinzl 2002; Bundesrechenzentrum, ÖBIG-eigene Berechnungen

Tab. 9: Stationäre Unterbringungsfälle in psychiatrischen Abteilungen nach Hauptdiagnosen (F00.x-F99.x) sowie Standort-Bundesland der versorgenden KA 1998 - 2002

Hauptdiagnose (ICD10)	Standort-Bundesland der versorgenden KA																				% der UbG-Fälle 2002
	B		K		NÖ		OÖ		S		St		T		V		W		Ö		
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	
(F00-F09)	-	-	37	54	161	165	293	284	8	5	416	458	211	194	122	115	151	192	1.399	1.467	15
(F10-F19)	-	-	206	251	216	263	374	443	51	20	535	503	304	294	85	98	121	151	1.892	2.023	20
(F20-F29)	-	-	270	285	700	658	622	683	208	185	609	568	307	280	99	107	491	591	3.306	3.357	33
(F30-F39)	-	-	98	119	297	351	206	227	152	126	413	362	272	252	48	61	142	176	1.628	1.674	17
(F40-F48)	-	-	49	49	101	129	195	203	30	22	199	187	68	82	27	31	50	77	719	780	8
(F50-F59)	-	-	6	1	3	2	12	6	5	3	4	3	2	4	1	2	13	9	46	30	0
(F60-F69)	-	-	15	46	81	133	72	68	35	41	97	65	80	93	28	17	49	94	457	557	6
(F70-F79)	-	-	15	16	23	24	40	48	-	1	16	9	16	14	13	9	12	11	135	132	1
(F80-F89)	-	-	4	2	1	2	2	1	-	-	-	-	2	-	-	-	1	1	10	6	0
(F90-F98)	-	-	-	-	9	10	28	36	-	11	17	3	1	2	1	-	12	7	68	69	1
(F99-F99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	-	-	-	2	2	3	4	0
Insgesamt	**-**	**-**	**700**	**823**	**1.592**	**1.737**	**1.844**	**1.999**	**489**	**414**	**2.307**	**2.160**	**1.263**	**1.215**	**424**	**440**	**1.044**	**1.311**	**9.663**	**10.099**	**100**

(F00-F09) Organische, einschließlich symptomatischer psychischer Störungen
(F10-F19) Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen
(F20-F29) Schizophrenie, schizotype und wahnhafte Störungen
(F30-F39) Affektive Störungen
(F40-F48) Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen
(F50-F59) Verhaltensauffälligkeiten mit körperlichen Störungen und Faktoren
(F60-F69) Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
(F70-F79) Intelligenzminderung
(F80-F89) Entwicklungsstörungen
(F90-F98) Verhaltens- und emotionale Störungen mit Beginn in der Kindheit und Jugend
(F99-F99) Nicht näher bezeichnete psychische Störungen